

5411- WP

**Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz**

Wortprotokoll

der

20. Sitzung

Montag, 26.06.2006, 09.00 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: 4.900

Öffentliche Anhörung

"Finanzielle Vorausschau der EU und die Auswirkungen der Kürzungen beim Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung der ländlichen Räume" (ELER)

Vorsitz: Ulrike Höfken, MdB

Einzigiger Tagesordnungspunkt

S. 11 - 47

Öffentliche Anhörung zum Thema
"Finanzielle Vorausschau der EU und die Auswirkungen der Kürzungen beim Europäischen
Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung der ländlichen Räume" (ELER)

dazu Stellungnahmen der Sachverständigen¹⁾:

Verbände/Institutionen:

Deutscher Bauernbund	16(10)148-D
Deutscher Bauernverband	16(10)148-C
Deutscher Verband für Landschaftspflege e. V.	16(10)148-A
Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur)	16(10)148-B

¹⁾ Im Internet sind die Stellungnahmen unter „Stellungnahmen von Sachverständigen (Ausschussdrucksachen)“ abgelegt.

Liste der Sachverständigen

Verbände/Institutionen:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

Deutscher Bauernbund

Deutscher Bauernverband

Deutscher Verband für Landschaftspflege e. V.

Landwirtschaftskammer Niedersachsen

Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur)

Fragenkatalog

1. Welche Bedeutung (gemessen an der Zahl der sich an Programmen zur ländlichen Entwicklung beteiligenden Landwirte, der daraus generierten Zusatz-Einkommen und der Wertschöpfung der beteiligten Betriebe) hatte die 2. Säule für die deutsche Land-, Forst, und Ernährungswirtschaft sowie den ländlichen Raum in der zurückliegenden Planungsperiode (2000 bis 2006), insbesondere für die Arbeitsplatzbilanz in der Landwirtschaft und dem vor- und nachgelagertem Bereich? Wie sieht dabei die absolute und prozentuale Verteilung nach Bundesländern aus?
2. Wie sieht die Arbeitsplatzbilanz für die Periode 2000 bis 2006 bei der Förderung nach der 1. Säule aus?
3. Haben Agrarumweltprogramme, naturverträgliche Investitionsförderungen und Ausgleichszulage zur Aufrechterhaltung der flächendeckenden Landbewirtschaftung beigetragen? Wenn Ja, sollten sie dies auch in Zukunft?
4. Welche Folgen sind durch die Kürzung der Mittelausstattung für die neue Planungsperiode (2007 bis 2013) für die in Frage 1 und 2 genannten Bereiche zu erwarten?
5. Welche Auswirkungen sind für die ökologische und konventionelle Landwirtschaft zu erwarten?
6. Welche Differenzen lassen sich dabei zwischen Marktfrucht-, Gemischt- und Futterbaubetrieben prognostizieren?
7. Welche Auswirkungen ergeben sich aus den Kürzungen in der 2. Säule für den Bereich des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes?
8. Welche Möglichkeiten bestehen für Bund, Länder und Kommunen, die mit diesen Kürzungen verbundenen Konsequenzen für den ländlichen Raum abzufedern?
9. Die beantragten ELER-Mittel müssen durch die Länder kofinanziert werden. Werden die Länder ebenfalls ihre Kofinanzierung kürzen entsprechend zur EU-Ausstattung oder ist mit einem Beibehalten der Volumina bzw. sogar mit einer Aufstockung der Kofinanzierungsmittel zu rechnen?
10. Inwieweit findet die fakultative Modulation bereits Anwendung, um die Finanzierungsmöglichkeiten der 2. Säule zu verbessern? Wie sehen die Umsetzungsmöglichkeiten aus und wie verhalten sich andere Mitgliedsstaaten?
11. Wie können die durch den Finanzbeschluss 2007 bis 2013 der EU-Mitgliedsstaaten betroffenen und bewährten Programme der 2. Säule über 2006 hinaus grundsätzlich fortgeführt werden? Wenn Kürzungen unvermeidbar wären, sollte dann innerhalb der Achse II ein geringerer Kürzungssatz für die Ausgleichszulage als für Agrarumweltmaßnahmen angewendet werden und innerhalb der Ausgleichszulage die unausweichliche Kürzung stärker auf die besseren Standorte und geringer auf die schlechten Standorte umgelegt werden?
12. Sollten alle Bundesländer gleichermaßen für die Achsen I, III und IV der 2. Säule nur die EU-rechtlich vorgeschriebenen Mindestanteile zur Aufteilung der Gesamtfinanzmittel aufwenden oder ist hier eine differenzierte Betrachtung angebracht? Die LEADER-Mittel (Achse IV) sind zur Unterstützung der Ziele der anderen drei Achsen verwendbar. Wäre es vorstellbar, in einzelnen Bundesländern von der Möglichkeit

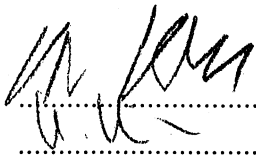
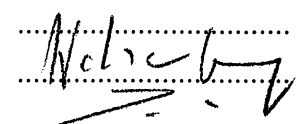
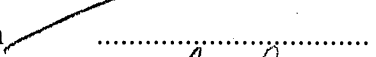

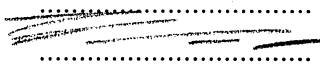
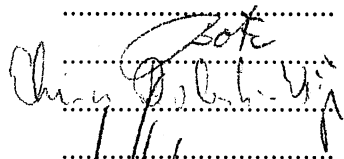
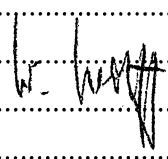
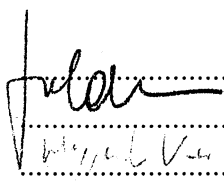
der Anrechnung des Mindestanteils der Achse IV bei anderen Achsen Gebrauch zu machen?

13. Sehen Sie im Rahmen der ELER-Durchführungsverordnungen noch Einflussmöglichkeiten hin zu mehr Flexibilität und weniger Bürokratie in Bezug auf:
 - Finanzielle Flexibilität zwischen den Schwerpunkten,
 - unbürokratische Änderungen von bereits genehmigten Programmplanungen,
 - praktikable Umsetzung der Kontrollen im investiven Bereich (Risikoanalyse),
 - unkomplizierte Verfahren bei notwendigen Änderungen des nationalen Strategieplans?
14. Inwieweit berücksichtigt der nationale Strategieplan zur Umsetzung der ELER- Verordnung in Deutschland die regional unterschiedlichen agrarstrukturellen Rahmenbedingungen? Wie verändern sich die finanziellen Rahmenbedingungen regional mit welchen Konsequenzen? Wie beurteilen Sie die zur Verfügung stehende Finanzausstattung im Hinblick auf die formulierten Ziele der ländlichen Entwicklungspolitik?
15. Welche Zukunftsperspektive wird der Naturschutz im ländlichen Raum haben, wenn ab 2007 die Mittel der 2. Säule wie geplant reduziert werden?
16. Wie schätzen Sie den bürokratischen Aufwand für die Umsetzung der EU-Verordnung und die Abwicklung der Länderprogramme ein?
17. Welche ergänzenden Maßnahmen aus anderen Förderfonds der EU sind für die ländliche Entwicklung notwendig?
18. Sind die Kofinanzierungsmodalitäten der EU für die ländliche Entwicklung in Deutschland innerhalb der Fonds und innerhalb der Mitgliedsstaaten und Bundesländer kohärent? (Anerkennung von privaten Kofinanzierungsmitteln)
19. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist entsprechend der Lissabonstrategie ein zentrales Ziel auch in der ländlichen Entwicklung. Wie schätzen Sie den Abbau von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft bzw. auch in vor- und nachgelagerten Bereichen durch andere rechtliche Reglementierungen ein? Wie hoch schätzen Sie die Kosten ein, um wieder eine entsprechende Anzahl von Arbeitsplätzen zu schaffen?
20. Sehen Sie das EU-Agrarmodell durch die geplanten Mittelveränderungen bei der Politik für den ländlichen Raum gefährdet?
21. Wie wird eine weitere, um ein Vielfaches höhere fakultative Modulation vor dem Hintergrund der schon greifenden obligatorischen Modulation und der ab 2007 geltenden finanziellen Disziplin (EU-Haushaltsdisziplin) gesehen?
22. Warum wird Österreich nicht wie Deutschland an Mitteln für die ländliche Entwicklung einbüßen? Kann die österreichische Landwirtschaftspolitik bei der nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume ein Vorbild für die deutsche Landwirtschaft sein?

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des Ausschusses Nr. 10 (Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Bleser, Peter		Borchert, Jochen
Heinen, Ursula	Connemann, Gitta
Heller, Uda Carmen Freia		Deittert, Hubert
Holzenkamp, Franz-Josef	Göppel, Josef
Jahr Dr., Peter	Jaffke, Susanne
Jordan Dr., Hans-Heinrich		Pfeiffer, Sibylle
Klößner, Julia	Schindler, Norbert
Lehmer Dr., Max		Schirmbeck, Georg
Mortler, Marlene	Schulte-Drüggelte, Bernhard
Röring, Johannes	Vogel, Volkmar Uwe
Segner, Kurt		Zöller, Wolfgang
SPD		SPD	
Blumentritt, Volker	Bahr (Neuruppin), Ernst
Botz Dr., Gerhard		Brinkmann (Hildesheim), Bernhard
Drobinski-Weiß, Elvira	Groneberg, Gabriele
Herzog, Gustav	Hiller-Ohm, Gabriele
Ortel, Holger	Hovermann, Eike
Priesmeier Dr., Wilhelm	Kelber, Ulrich
Rawert, Mechthild	Kumpf, Ute
Schieder, Marianne	Miersch Dr., Matthias
Volkmer Dr., Marlies		Schmitt (Landau), Heinz
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	Teuchner, Jella
Zöllmer, Manfred	Thießen, Jörn
FDP		FDP	
Geisen Dr., Edmund Peter		Schuster, Marina
Goldmann, Hans-Michael	Solms Dr., Hermann Otto
Happach-Kasan Dr., Christel	Wissing Dr., Volker

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des Ausschusses Nr. 10 (Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz)

**Ordentliche Mitglieder
des Ausschusses**

Unterschrift

**Stellvertretende Mitglieder
des Ausschusses**

Unterschrift

DIE LINKE.

Kunert, Katrin

Tackmann Dr., Kirsten

Ulrich, Alexander

.....
Kunert
.....
Tackmann
.....
Ulrich

DIE LINKE.

Bulling-Schröter, Eva

Hill, Hans-Kurt

Naumann, Kersten

.....
.....
.....

BÜ90/GR

Behm, Cornelia

Höfken, Ulrike

Höhn, Bärbel

.....
C. Behm
.....
Ulrike Höfken
.....
B. Höhn

BÜ90/GR

Hettlich, Peter

Kurth (Quedlinburg), Undine

Scheel, Christine

.....
.....
.....

Montag, 26. Juni 2006 09:00Uhr - öffentlich -

Ministerium
bzw. Dienststelle
(bitte Druckschrift)

Name
(bitte Druckschrift)

Dienststellung
(bitte Druckschrift,
nicht abgekürzt)

Unterschrift

BMELU

Dr. Bühner

Ministerialrat

1.

Dr. Franzosen

PST

BMVB S

FISCHER

LD

BMW

Debusch

MinR

BZu

Nyenhuis

Refi

NBA

D. Schulz

WD

Bundesrat:
(bitte Druckschrift)

Unterschrift

Dienststellung
(bitte Druckschrift,
nicht abgekürzt)

Land

Ulmer, G

Ulmer

Ref

ST

Dahmen

Dahmen

RP

KW

Wargacke

Wargacke

RP

RP

Wipfler

Wipfler

RP

BY

Kowol

Kowol

RP/ing

SH

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10.)

Montag, 26. Juni 2006 09:00Uhr - öffentlich -

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

SPD
CDU/ CSU
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
FDP
DIE LINKE.

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Watermann

Döscheider

Schwefel

Arens

.....

.....

.....

.....

SPD

FDP

FDP

CDU/CSU


.....

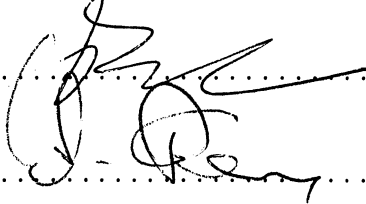
.....

.....

.....

wa





.....

.....

.....

.....

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema

"Finanzielle Vorausschau der EU und die Auswirkungen der Kürzungen beim Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung der ländlichen Räume" (ELER)

Die Vorsitzende: Ich begrüße Sie alle ganz herzlich, insbesondere die Sachverständigen und den Staatssekretär, Herrn Paziorek. Ich bitte Sie, in einem ca. fünfminütigem Statement Ihre Position vorzutragen.

Bernd Voß, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL): Guten Morgen meine Damen und Herren. Vielen Dank für die Möglichkeit, hier Stellung zu nehmen. Ländliche Wirtschaftsförderung umfasst im Grunde über 80 % der Fläche in Europa, in Deutschland und betrifft über 50 % der Bevölkerung. Es ist nicht nur Agrarpolitik, aber Landwirtschaft ist letztendlich ein ganz entscheidender Bestandteil der ländlichen Region. Es geht darum, die 1. und die 2. Säule im Dienste der ländlichen Wirtschaftsentwicklung zu stellen und letztlich auch beide Säulen nachhaltig zu gestalten.

Zu den Direktzahlungen: Wir wollen grundsätzlich nicht die 1. gegen die 2. Säule ausspielen. Die Maßnahmen der 1. Säule haben große Teile ländlicher Regionen marginalisiert, so dass sie letztlich im Wettbewerb sehr viele Betriebe benachteiligt haben, die mit einem höheren Arbeitskräfteeinsatz und unter problematischeren Bedingungen wirtschaften müssen. Sie kennen alle die Zahlen, dass wir nach wie vor auch nach der Agrarreform in durchrationalisierten Marktfruchtbetrieben Direktzahlungen in der Größenordnung von 100.000 Euro haben und dass wir im Schnitt der Betriebe gerade einmal auf 8.000 Euro Direktzahlung kommen. Die AbL im Bündnis mit sehr vielen Verbänden hat im Grunde diesen Missstand lange angeprangert und auch entsprechend die Vorschläge gemacht, es an die Prämienhöchstprämie anzubinden, die vorhandenen Arbeitskräfte an die Betriebe, also im Grunde eine Qualifizierung der Direktzahlungen, einzubringen. Besonders nach der Entkoppelung geht es nicht ohne eine starke integrierte 2. Säule, dies insbesondere auch nach den Beschlüssen vom Dezember letzten Jahres des Europäischen Rates. Sie kennen alle Zahlen, wo es hingehet. Die 1. Säule ist nicht weiter angegriffen worden, aber die 2. Säule ist massiv beschnitten worden und sicher auch Grund der Anhörung heute. Zugleich steht die 1. Säule und damit 75 % der Zahlungen, die letztlich in den Agrarbereich fließen, unter massivem internen und externen Begründungsdruck von Seiten der WTO. Um weitere Problembeschreibungen zu bringen, warum diese Kürzung der 2. Säule dramatisch ist: Da ist einmal der Punkt, dass demnächst aus der 2. Säule Natura 2000 und LEADER-Mittel aus dem Bereich der 2. Säule finanziert werden sollen. In sehr vielen Regionen sind die Zahlungen bis weit in die nächste Periode über 2007 hinaus (über 40 % der Mittel) gebunden und dass wir in der Finanzierungsperiode 2000 bis 2006 im Laufe der sechs Jahre eine Steigerung bei der Mittelnachfrage hatten. Es fing sehr langsam an und dies ist ein zusätzliches Kriterium, dass wir einen massiven Ausbau der 2. Säule brauchen und nicht diese Kürzung, so wie sie hier angekündigt ist. Beim Beginn der Diskussion über die Situation der Nettozahlerländer hat die AbL bereits 2005 den Vorschlag ge-

macht, national in eine Kofinanzierung der 1. Säule von 25 % einzusteigen. Ich weise darauf hin, dass zusätzlich eine Dynamik in die nationalen Diskussionen über die Verwendung der Mittel hätte hineingebracht werden müssen. Wir müssen feststellen, dass auch das Europäische Parlament keiner 25%igen Kofinanzierung der 1. Säule zugestimmt hat, aber eine 5 %ige Kofinanzierung angedacht hat. Parallel damit natürlich auch eine höhere Finanzierung von Seiten der EU der 2. Säule, also 75 %. Die weitere Möglichkeit, die bestünde, um dieses Haushaltsdefizit in der 2. Säule auszugleichen, wäre, dass Deutschland als Nettozahlerland, als Profiteur, letztlich dieses kleineren EU-Haushalts 300 Mio. in die Hand nimmt und es in die ländliche Entwicklung hineinsteckt. Dies denke ich, ist ein Punkt, der heute sicherlich auch mit diskutiert wird, inwieweit dies noch in Frage kommt. Und die zweite und letztlich entscheidende Möglichkeit ist, dass wir die fakultative Modulation in Deutschland wahrnehmen und das heißt, dass der EU-Rat im Dezember beschlossen hat, dass bis zu 20 % der Mittel aus der 1. Säule ohne Kofinanzierung herüber genommen werden könne in die 2. Säule. Wir schlagen zusammen mit anderen Verbänden vor, 20.000 Euro ungekürzt zu lassen. Den Bereich von 20.000 bis 100.000 Euro um 7 ½ % zu kürzen und 100.000 bis 200.000 um 15 % und darüber um 20 %. Dies alles ist gebunden an vorhandene Arbeitskräfte. Wenn jemand also mehr beschäftigt und dies betrifft ja auch die Lohnarbeitsbetriebe in den neuen Bundesländern, aber auch Betriebe in Westdeutschland, hat nicht diese Abzüge, sondern kann es entsprechend geltend machen.

Zusammengefasst: Die Finanzierung der ländlichen Entwicklung und die Entscheidungen, die jetzt anstehen, liegen nicht in Brüssel und in Europa, sondern liegen in den Ländern und besonders in Berlin, was die Umsetzung der fakultativen Modulation anbelangt. Wir hoffen hier auf positive Entscheidungen.

Dr. Maximilian Wohlgschaft, Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten:
Ein herzliches „Grüß Gott“ aus Bayern. Vielen Dank für die Einladung, hier Stellung zum ELER-Programm nehmen zu können. Ich möchte schwerpunktmäßig auf das künftige ELER-Programm in Bayern eingehen. Sie wissen, die EU-Finanzierungen stehen fest. Es ist kein Geheimnis, dass sie nicht ganz die Hoffnungen erfüllt haben, die wir alle hatten. Die Verteilung innerhalb Deutschlands ist im Rahmen der nationalen Strategie zumindest für die Nichtkonvergenzgebiete nach derzeitigem Stand geregelt.

Die ELER-Verordnung sieht bewusst die Notwendigkeit eine SWOT-Analyse vor, weil die Maßnahmen zur Umsetzung für den ländlichen Raum sicher in jeder Region etwas anders zum Schwerpunkt gesetzt werden müssen und ich möchte mir nicht anmaßen, über Maßnahmen und Strategien zu diskutieren, die andere Bundesländer betreffen. In Bayern ist eine relativ kleinstrukturierte Betriebsstruktur. Charakteristisch in Bayern sind die Landschaften und vor allem auch in den touristischen Gebieten, die dann auch ausstrahlen nicht nur auf die Landwirtschaft, sondern auch auf die Attraktivität des Tourismus. Insofern sind wir sehr schnell in Bezug auf den ländlichen Raum nicht nur allein auf die landwirtschaftliche Urproduktion. Wir haben auch in Bayern die Tatsache zu berücksichtigen, dass durchaus auch leistungsfähige Regionen vorhanden sind, die wirklich im leistungsfähigen Sinne Landwirtschaft betreiben. Ziel ist, die Erhaltung eines vitalen ländlichen Raumes und zwar sagen wir in Bayern ganz bewusst, durch eine Erhaltung eines möglichst großen Anteils von Familienbetrieben, die

auf Grund der Struktur in Bayern noch mehr als woanders auf die Multifunktionalität schauen müssen, um dort den gesellschaftlichen Anforderungen Rechnung zu tragen.

Wie sieht die Umsetzung der künftigen ELER-Verordnung bei uns in Bayern aus? Ich möchte ganz bewusst betonen, wir setzen schon auf Kontinuität und wer das alte Programm in Bayern im Rahmen der 1255-Verordnung kennt, war ein sehr großer Schwerpunkt über 80 % in Agrarumweltprogramme im Bereich der flächendeckenden Landwirtschaft, d. h. künftig, wenn ich die Schwerpunkte einmal ein bisschen durcheinander bringe, wird nach wie vor der Schwerpunkt zwei eine große Rolle spielen. Hierbei spielt die flächendeckende Landwirtschaft auch im Rahmen der Ausgleichzulage eine große Rolle. Das Kulturlandschaftsprogramm wird weiterhin einen großen Anteil einnehmen, um einfach diese Verbindung herzustellen, die Kulturlandschaft für die touristisch interessanten Regionen zu erhalten und um eine allgemeine Intensivierung dort, wo es vom landwirtschaftlichen Betrieb her sinnvoll ist, zu verhindern. Nach wie vor ist ein weiterer Schwerpunkt in Ergänzung zum bayerischen Kulturlandschaftsprogramm das bayerische Vertragsnaturschutzprogramm, welches ganz punktuell den Naturschutz ins Auge fasst und hier eine hohe Extensivierung in einzelnen interessanten Gebieten verlangt. Die Forstwirtschaft spielt auch die Rolle, finanziell sicher nicht, wie die anderen Programme. Es gibt auch Regionen, die von der Leistungsfähigkeit und vom Wettbewerb leben müssen. Das sind wir im Schwerpunkt eins des einzelbetrieblichen Investitionsförderprogramms. Es ist nach wie vor notwendig, zumindest für unser Bundesland, dass die Infrastruktur im Sinne einer Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft geschaffen wird, sprich, dass die Flurneuordnung auch eine gewisse Bedeutung findet. Auch die Ernährungswirtschaft wird eine angemessene Rolle finden, finanziell sicher nicht in dem Umfang, wie die anderen Programme.

Die Lebensqualität/Diversifizierung und hier sind wir im Schwerpunkt drei wird im Rahmen der ELER-Verordnung von der finanziellen Dimension neben dem Schwerpunkt vier an der unteren Stelle stehen. Aber dies rührt einfach daher, dass in diesem Bereich einfach über andere ergänzende Politiken auch sehr viel gemacht wird. Im Rahmen der ELER-Verordnung ist uns ganz wichtig, wenn wir über die Landwirtschaft sprechen, dass wir bei der Diversifizierung des ländlichen Raumes Maßnahmen anbieten und der Landwirtschaft Einkommensalternativen bieten. Die Dorferneuerung spielt eine Rolle. Wir brauchen intakte Infrastrukturen. Es wird sich einiges ändern auch bei uns in Bayern. In diesem Schwerpunkt drei gibt es einen großen Block – das sog. ländliche und kulturelle Erbe. Diesen Ansatzpunkt für die ELER-Verordnung werden wir nutzen über den LEADER-Ansatz, um Beteiligungen der Basis für entsprechende Maßnahmen sowohl für Naturschutz und Landschaftspflege als auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu kreieren. Insgesamt versuchen wir ein abgerundetes Bild im Sinne einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der bestehenden Förderphase zusammenzustellen. Der Begriff Kontinuität spielt auch eine wichtige Rolle, wenn man über die Modulation diskutiert, 1. und 2. Säule. Auch hier erwarten die Landwirte eine gewisse Kontinuität und nicht alle drei Jahre ein auf den Kopf stellen des kompletten Systems. Da können wir später darüber diskutieren.

Eine Anmerkung erlauben Sie mir bitte zum Schluss, da ich aus dem Verwaltungsbereich komme. Ein bisschen mit Sorge beschäftigt mich schon der komplette Verwaltungsaufwand, vor allem wenn wir an Umweltprogramme denken. Wir haben ein sehr gut differenziertes Vertragsnaturschutzprogramm,

aber dies bereitet uns natürlich bei der Umsetzung auf Grund der EU-Verordnung, an die wir uns auch halten müssen, gewisse Probleme und wünschenswert wäre, dass die finanzielle Flexibilität zwischen den Achsen relativ groß ist und dass wir nicht bei jeden Änderungen ein unsäglich langes Genehmigungsverfahren anzetteln müssen. Vielen Dank.

Annekatri Valverde, Deutscher Bauernbund: Besten Dank für die Einladung. Ich möchte in meinem kurzen Statement jetzt nicht noch einmal auf die Beantwortung der Fragen eingehen, sondern möchte kurz die Ursachen beleuchten, warum die bevorstehenden Mittelkürzungen in der kommenden Förderperiode einfach mit solchen gravierenden Veränderungen für die landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen im vor- und nachgelagerten Bereich besonders in den neuen Ländern verbunden sind. In Sachsen-Anhalt sprechen wir von einem Volumen 760 Mio. Euro der gesamten EU-Fonds, die ab 2007 weniger zur Verfügung stehen. Dies ist ungefähr ein Fünftel. Dies sind insgesamt nur noch 61 % der Mittel, die ab 2007 zur Verfügung stehen. Zu diesen Kürzungen kommen auch noch neun zusätzliche Maßnahmen anderer Ressorts dazu, die über den ELER-Fonds mit abgedeckt werden sollen. Im Bereich der ländlichen Infrastruktur beträgt die Kürzung der Fördermittel 75 %.

Ich will Ihnen mit ein paar Worten einen Einblick geben in die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaftsbetriebe. Wir haben einen Drei-Länder-Vergleich gemacht. Der derzeitige Gewinn bzw. Jahresüberschuss am Beispiel von Sachsen-Anhalt liegt bei ungefähr 243 Euro pro Hektar. Wenn wir von einer derzeitigen Betriebsprämie in Sachsen-Anhalt von 317 Euro ausgehen, dann kann sich jeder ausrechnen, wenn die Prämie wegfällt, dass hier ein Gewinn von minus 74 Euro pro Hektar vorliegt. Das bedeutet Einschränkungen im investiven Bereich und keine Planungssicherheit für Investitionen. Wir sind auch der Meinung, dass eigentlich am gesamtgesellschaftlichen Ziel der 1. Säule der Agrarreform, wo mehr Markt geschaffen werden sollte, vorbeigegangen wurde. Dass die Situation in den Betrieben sehr angespannt ist, kann man mit ein paar Stichworten nennen: Starker Anstieg der Betriebsmittelkosten, Pflanzenschutzmittel, Düngemittel, Futtermittel, insbesondere des Agrardiesels. Das Preis-Kosten-Verhältnis hat sich zu Lasten der Landwirte verschlechtert. Die Erzeugerpreise sind gestiegen und die Einkaufspreise landwirtschaftliche Betriebsmittel sind in den letzten Jahren um 1,2 % zurückgegangen. Die Betriebe unterliegen ständig einem Kaufzwang durch Bodenerwerb, wodurch auch ihre Liquidität gefährdet wird und besonders im letzten Jahr wurde die Liquidität der Betriebe durch die späte Auszahlung der Agrarsubventionen belastet.

Wenn dann noch die Agrarreform dazu kommt, dann haben wir einmal mit Hilfe des Prämienrechners durchkalkuliert, dass so ein typischer Marktfruchtbetrieb von 300 Hektar dann nach dem Jahr 2013 ungefähr 160.000 Euro Verlust gemacht hat. Es ist ja nun angedacht, dass das gesamte Marktordnungssystem – sprich auch die Quoten- und Lieferrechte und die Berechtigten Preisausgleichszahlen irgendwann immer weniger werden bzw. abgeschafft werden. Ziel ist es, eine sog. Wettbewerbsfreiheit zu erzeugen. Aber wir können belegen, dass dies eigentlich Quatsch ist, weil absolute Zahlen des Finanzministeriums und Studien von verschiedenen Universitäten zeigen, dass die höchsten Gewinne Betriebe mit einer Flächenausstattung von 500 bis 700 Hektar erwirtschaften. Es ist nicht unbedingt, je größer der Betrieb, desto effizienter wirtschaftet er auch. Wir haben intern im Verband einmal nachgewiesen, dass die Betriebe über 1.000 Hektar nicht nur die schlechtesten Gewinne, sondern auch die

schlechtesten Erträge aufweisen. Neben den wirtschaftlichen Aspekten leisten die Einzelunternehmen auch den höchstmöglichen agrarsozialen Aspekt. Wir haben ungefähr ein Drittel mehr Arbeitskräfte je Hektar in den Einzelunternehmen 3,5 und in den juristischen Personen 1,9 und wenn man dann noch einmal die steuerliche Seite betrachtet so erwirtschaften die Einzelunternehmen das 15-fache an Steueraufkommen als die juristischen Personen.

Zum Abschluss kurz zusammengefasst die Forderungen, die wir als Deutscher Bauernbund vertreten. Wir möchten, dass die Förderschwerpunkte nach wirtschaftlichen agrarsozialen und auch steuerlichen Aspekten geschaffen werden, dass es keine weiteren Kürzungen der einkommenswirksamen Direktzahlungen durch Modulation gibt. Wir sind für eine Einführung der bereits von der EU angekündigten Obergrenze von 300.000 Euro (mit Fragezeichen) pro Betrieb für den Bezug von Direktzahlungen. Wir möchten natürlich, dass diese Mittel, die durch diese Kappung frei werden, in der Region bleiben und schlagen daher vor, dass sie mit in das ELER-Programm, besonders in die 1. und 2. Achse einfließen, damit das Geld, was vom Landwirt weggenommen wird, wieder zum Landwirt hinfließt und wir einen unnötigen Mittelabfluss aus den sog. Ziel-1-Gebieten, sprich den neuen Ländern, verhindern. Wichtig ist die Suche nach der Schaffung von neuen Einkommensquellen für die Landwirtschaft und wer unsere Position als Deutscher Bauernbund kennt, der weiß, dass wir darin die Gentechnik als den falschen Weg sehen, aber die thermische Verwertung von Getreide wird sehr von uns favorisiert. Wir denken, dass dieses wirklich eine Alternative für die Betriebe ist, gegenüber allen Liquiditätsproblemen und Einkommensverlusten, die ich Ihnen zuvor genannt habe. Vielen Dank.

Udo Hemmerling, Deutscher Bauernverband: Ich darf mich auch ganz herzlich für die Einladung bedanken. Ich möchte zu Beginn Ihnen einige Zahlen mitgeben, weil doch sehr unterschiedliche Zahlen kursieren. Ich beziehe mich jetzt auf die Angaben aus dem Bundesministerium aus einer Verbändebesprechung vom letzten Donnerstag. Es stehen im Zeitraum 2007 bis 2013 7,2 Milliarden Euro real inklusive Modulation zur Verfügung. Hierzu ist allerdings zu bedenken, dass die EU in ihrer finanziellen Vorausschau immer zu realen Preisen von 2004 rechnet. Die muss man dann ja inflationieren. Wenn man etwas mit 2 % inflationiert, was die EU über sieben Jahre tut, dann kommen sie auf 10 bis 12 %. Also wenn Sie es in nominale Zahlen umrechnen, so wie es dann letztlich im Haushalt steht, haben Sie nach Angaben des Bundesministeriums nicht 7,2 Milliarden zur Verfügung, sondern wir haben 8,11 Milliarden Euro nominal zur Verfügung. Dies wiederum sind dann etwa im Vergleich zur jetzigen Förderperiode – wir sprechen in der jetzigen Förderperiode von etwa 9,2 Milliarden Euro – 12 % weniger. Dann stellt sich die Frage, wie kommt dann der Unterschied zu den minus 35 % zustande? Also die beiden Hauptfaktoren sind einmal die Modulation und diese Inflationierung. Dies ist einfach zu berücksichtigen. Dann sind die Effekte ein bisschen unterschiedlich zwischen den Bundesländern, in Niedersachsen eine schwarze Null, wenn ich dies einmal so sagen darf, durch den Effekt, dass der Regierungsbezirk Lüneburg als Ziel-1-Fördergebiet mit dabei ist und in anderen Ländern sind dann etwas stärkere Kürzungen.

Ich will dies gar nicht weiter bewerten, aber diese Zahlen stehen jetzt so im Raum und insoweit bitte ich auch unsere Stellungnahme zur Frage 4 korrigiert zu werten.

Noch einige Worte zur Bewertung, wie wir die Lage sehen. Von der Umsetzung her liegen wir in Deutschland ganz gut im Plan. Wir haben die Gemeinschaftsaufgabe 2007 vorliegen und die Maßnahmen stehen auf Bundesebene, so dass auch in den Ländern die Planung so schnell als möglich gehen kann. Die EU ist selber noch nicht ganz handlungsfähig, weil die Strukturfondsverordnung formell erst im Juli verabschiedet werden muss und die Länder dann erst offiziell ihre Förderprogramme einreichen können. Ich darf noch auf den „Nationalen Strategieplan“ vom Bundesministerium verweisen. Er enthält einen sehr guten Überblick über die Mittelverteilung in den Ländern. Ich möchte generell drei Punkte zitieren, wie sich dann die Schwerpunktverteilung darstellt. Sie kennen diese drei Förderachsen. Die 1. Förderachse ist Wettbewerbsfähigkeit, Investitionsförderung, Marktstrukturverbesserung, Bildung usw., aber auch Flurneuordnung und Wegebau. Hier sollen etwa 25 bis 30 % der Mittel für Gesamtdeutschland hineinfließen. Die Schwerpunktachse 2 ist im Wesentlichen die Agrarumwelt und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete. Dort werden 37 bis 45 % genannt. Der Schwerpunkt 3 sind die allgemeinen etwas übergreifenden Entwicklungsmaßnahmen im ländlichen Raum mit 22 bis 30 %. Aus Sicht des Deutschen Bauernverbandes hätten wir uns in der Achse 1 und 2 ein bisschen mehr gewünscht, aber insgesamt von der Gesamtverteilung her ist dies sicherlich kein schlechtes Signal, wobei es natürlich große Unterschiede zwischen den Bundesländern gibt. Ich verweise nur auf eine Auseinandersetzung im Saarland zwischen dem dortigen Minister und dem Bauernverband. Dort will der Minister die Agrarumweltprogramme massiv einkürzen. Auch diese Diskussion gibt es.

Generell zur Frage der Finanzierung. Die EU hat mit ihrer Politik der 2. Säule im Grunde auch sehr hohe politische Erwartungen geweckt. Dies wird noch zusätzlich durch ambitionierte Programme, wie der Wasserrahmenrichtlinie, FFH und Natura 2000 gefördert und wenn man es richtig umsetzt, Milliarden Kosten an Aufwendungen für den Staat dahinter stehen. Die hohen Erwartungen werden jetzt so nicht eingelöst. Es ist jetzt einfach die Frage, ob dann die fakultative Modulation die Rettung ist. Wir sagen als Deutscher Bauernverband Nein, die Modulation ist nicht die Rettung. Wir lehnen die Modulation aus verschiedenen Gründen ab. In dieser Situation muss man noch einmal auf die 1. Säule schauen. Es ist ja nicht so, dass da nichts passiert. Durch unser deutsches Kombimodell – mit dem ich behaupte, dass auch die deutsche Landwirtschaft ihren Frieden inzwischen gemacht hat, finden massive Umverteilungen – Stichwort Grünlandprämie und Abschmelzen der Top Ups – von den intensiv wirtschafteten rinder- und auch milchviehhaltenden Betrieben in die Fläche, in die extensive Landwirtschaft oder auch Flächenbewirtschaftung ohne Tiere auf Grünland statt. Dies bitte ich nicht vergessen, wenn man dann über die 2. Säule nachdenkt und über die eventuelle Notwendigkeit, dort finanzielle Dinge zu mobilisieren.

Eine Anmerkung zu dem, was von Herrn Voß zu der Verteilung der Direktzahlungen gesagt wurde. Wenn man sich die Statistik einfach einmal anschaut, wie die Verteilung der Betriebe großemäßig ist, welche Flächen sie bewirtschaften, welchen Umsatz sie machen, dann kann man sehen, dass die Verteilung der Direktzahlungen an die Landwirte in etwa dem entspricht, wie die Agrarstruktur auch aussieht. Dies gilt nicht nur für Deutschland insgesamt, sondern dies gilt auch, wenn man Westdeutschland und Ostdeutschland separat betrachtet. Ich glaube nicht, dass die Verteilung der Direktzahlungen an sich ungerecht ist, sie spiegelt in dem Sinne die Realität wieder. Wenn die Verteilung

insgesamt als ungleich angesehen wird, dann muss eine agrarstrukturpolitische Diskussion geführt werden. Wir glauben auch nicht, dass bei einer vorgeschlagenen effektiven größenabhängigen Staffe- lung oder letztlich einer Kappung der Direktzahlungen die Summen wirklich zustande kommen, wie sich das rechnerisch ergibt. Es liegt doch auf der Hand, die Betriebe werden sich doch anpassen. Wenn ich einen reinen Marktfruchtbetrieb von dreitausend Hektar habe, dann kann ich den in drei Teile teilen und dann rutsche ich unter diese Grenze, zumindest wie sie von der EU vorgeschlagen wird, hindurch. Ich glaube nicht, dass diese Diskussion wirklich die Versprechungen einlösen wird, die sich da einige davon machen. Wir glauben einfach, dass man jetzt den Betrieben einfach ein bisschen Zeit geben muss aus der Agrarreform herauszukommen. Wir haben die Entkopplung. Wir waren nicht begeistert, aber wir haben sie und wollen jetzt das Beste daraus machen und die Zeit nutzen. Wir bitten einfach die Entscheider, auch hier im Deutschen Bundestag, uns etwas Zeit zu geben, damit wir uns auf eine Situation einstellen können, die in Richtung mehr Öffnung zum Weltmarkt und weniger Marktstützung der EU hinausläuft.

Wolfram Gühler, Deutscher Verband für Landschaftspflege e. V.: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu dem Punkt, welche finanziellen Auswirkungen hat tat- sächlich die finanzielle Vorausschau. Die Kommission rechnet die Zahlen alle zurück auf 2004, damit sie vergleichbar werden, weil man ja logischerweise mit einem Euro im Jahr 2000 mehr anfangen konnte, als mit einem Euro im Jahr 2013. Deshalb muss man versuchen, sich auf eine Jahresbranche zu einigen und dann kann man es auch real vergleichen. Wenn man diese Zahlen auf 2004 herunter bricht, kommt heraus, dass man ca. zwei Milliarden Euro in der neuen Programmplanungsperiode weniger hat, als in der alten, die bis 2006 läuft.

Die Bundesländer in Deutschland verlieren natürlich sehr unterschiedlich. Herr Dr. Wohlgshaft ist ja einer der Ärmsten dabei. Sie verlieren ca. 85 Millionen Euro pro Jahr an EU-Mitteln und vielleicht auch noch die nationalen Mittel. Man mag schauen, ob die dann noch gehalten werden können. Auf der anderen Seite haben wir Niedersachsen, die vielleicht ein paar Euro mehr bekommen werden. Wir haben eine sehr große Diskrepanz, die natürlich das Thema nicht einfacher macht. Die Betroffenheit ist größer, je weiter wir nach Süden und in den Westen kommen, alles was südlich von Niedersachsen ist, ist sehr massiv betroffen und wir bekommen es auch bei den Programmplanungen der Länder mit, dass brutale Einschnitte inzwischen da sind.

Bei den zwei Milliarden Euro ist die obligatorische Modulation schon mit eingerechnet. Wenn wir die 1,2 Milliarden Euro der obligatorischen Modulation nicht mit einrechnen würden, dann würden die Kürzungen noch brutaler werden, da gehen wir quasi schon stillschweigend davon aus, dass wir die bekommen, sonst würden einige Länder bei uns gar nicht mehr wissen, wie sie zurecht kommen sol- len.

Die Kürzungen sind aus Sicht des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege sehr schmerzlich und ich möchte vier Punkte nennen, die für mich ganz wesentlich sind: Wir haben in der ELER-Verordnung die Maßnahmendichte und -möglichkeiten erweitert. Das ist eigentlich sehr positiv. Wir haben dies immer begrüßt und haben neue Aktivitäten hinzubekommen. Natura 2000 ist nicht nur ein Aktionspro-

gramm, sondern dies ist eine Rechtsverpflichtung. Wir müssen dies umsetzen, sonst bekommen wir Probleme mit dem Europäischen Gerichtshof. Wir brauchen 620 Millionen Euro – dies haben die Länder errechnet – pro Jahr für Natura 20000 in Deutschland. Wir haben keine Möglichkeit, uns da zu drücken, sondern es geht eigentlich nur um die Frage, ob wir es kooperativ machen wollen, nämlich mit Vertragsnaturschutz, wie es aus unserer Sicht dringend notwendig wäre oder eben hoheitlich, weil wir kein Geld dafür haben, es auf kooperative Art umzusetzen. Dies sind sehr massive Restriktionen, die uns drohen können, wenn die 2. Säule drastisch reduziert wird. Das gleiche Spiel ist mit der Wasserrahmenrichtlinie und mit anderen Aktivitäten zu sehen. Da bekommen wir sehr große Schwierigkeiten. ELER heißt eben nicht, dass wir die 2. Säule so weiter fahren, sondern wir haben die Maßnahmen wesentlich erweitert, die über ELER umgesetzt werden – mit weniger Geld, das zur Verfügung steht.

Der zweite Punkt ist, wir haben erhebliche Altverpflichtungen zumindest in vielen Bundesländern aus der alten Programmplanungsperiode, die wir als Altlasten quasi mit hinein nehmen. Dies ist bei manchen Bundesländern bis zu 40 % der neuen Mittel. Da ist quasi schon sehr viel Geld an den alten Maßnahmen gebunden, was natürlich den Verhandlungsspielraum enorm einschränkt.

Der dritte Punkt ist, wir hatten in der Programmplanung 2000 bis 2006 sehr viele Anlaufschwierigkeiten, weil es das erste Mal so eine komplexe Situation gab. Herr Wohlgemuth hat auch zu Recht darauf hingewiesen, dass nicht alles so ganz einfach ist. Manche Länder hatten am Anfang einen relativ geringen Mittelablauf und dies hat sich bis 2006 dann kontinuierlich erhöht. Das heißt, wenn Sie 2006 als Referenz nehmen zu 2007 wird der Absturz noch schwieriger werden, weil eben am Anfang der Programmplanung im Jahr 2000 in einigen Bundesländern relativ wenig gelaufen ist.

Der vierte Punkt, der aus meiner Sicht sehr bedenklich ist, dass die Befürchtung besteht, dass auch die nationalen Mittel nach und nach abgeschmolzen werden nach dem Motto: Schön, dass die EU unsere Mittel gestrichen hat und wir als Land haben sowieso Schwierigkeiten, die Kofinanzierung zu gewährleisten. Jetzt können wir sogar den schwarzen Peter woanders hin schieben und dies ist ein sehr großes Problem, mit dem wir in einigen Ländern zu kämpfen haben. Baden-Württemberg als Positivbeispiel hat signalisiert, dass sie die Eigenmittel halten wollen, auch wenn die EU-Mittel gekürzt werden. Aber ich kenne auch andere Länder, die Schwierigkeiten haben selbst die gekürzten EU-Mittel kofinanzieren zu können.

Aus unserer Sicht ist die ländliche Entwicklung eine der zentralen Zukunftsaufgaben in Deutschland, u. a. die Schaffung von Erwerbsalternativen im ländlichen Raum, der Kampf gegen die Entleerung vieler ländlicher Räume und eine naturverträgliche Landnutzung. Diese Aufgaben, die wir haben, wollen wir mit dieser 2. Säule auch lösen. Auch unserer Sicht passt das nicht zusammen, mehr Aufgaben mit weniger Mitteln umsetzen zu können. Die Überlegung, dass wir nach sehr viel interner Diskussion bei uns dem Landwirt, Naturschützer und Kommunalpolitiker in den Landschaftspflegeverbänden sagen, eine moderate Modulation in der fakultativen Modulation einzusteigen, halten wir auf Grund dieser sehr schwierigen Situation in der 2. Säule für das Gebot der Stunde. Wer die Diskussion in den anderen EU-Staaten mitbekommt, denken Sie an Großbritannien und Frankreich, so habe ich große

Sorge, dass man die 1. Säule überhaupt längerfristig sichern kann. Ich glaube, es ist auch ein Modell der Zukunftssicherung der Landwirtschaft, wenn wir jetzt versuchen, an der 2. Säule umzustellen. Ich hatte in den schriftlichen Ausarbeitungen formuliert, keiner in Deutschland fordert 20 % Modulation. Ich sehe auch ein, dass dieses nicht gerechtfertigt wäre, dies den Landwirten zuzumuten. Aber zumindest die 300 Millionen EU-Mittel, die wir in der 2. Säule dringend brauchen, um zumindest den Status quo zu sichern und die zusätzlichen Aufgaben zu übernehmen, dies wäre aus unserer Sicht ein Modell, worüber wir sehr gern mit Ihnen als Abgeordnete diskutieren möchten.

Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, auch bei der 2. Säule haben die Landwirte einen Anspruch auf Planungssicherheit, vielleicht noch mehr als bei der 1. Säule. Dies sind doch Landwirte, die speziell investiert haben in den Naturschutz und in den Aufbau von Vermarktungsmodellen. Es gibt viele Landwirte, die bei uns neue Stallanlagen gebaut haben, die aber auf die Zahlungen der 2. Säule genauso angewiesen sind. Sie wissen auch, dass natürlich die Landwirtschaft in den Grenzertragsstandorten noch viel mehr von der 2. Säule als von der 1. Säule abhängig ist und dass, wenn hier stärker werdende Extremsituationen in der 2. Säule entstehen, dies für die landwirtschaftlichen Betriebe Bedeutung bekommt. Im Schwarzwald oder im Bayerischen Wald haben beispielsweise die Zahlungen der 2. Säule für die Landwirte eine größere Bedeutung, als bei der 1. Säule. Bayern ist ein Bundesland, wo die Landwirte immer sehr stark in die 2. Säule gegangen sind und wo auch das Land traditionell ganz stark in die Agrarstrukturpolitik engagiert worden ist – dies ist ein sehr lobenswertes Beispiel. Da ist es so, dass die Milchviehbetriebe – jedenfalls jetzt nach dem aktuellen Agrarbericht 2003 – eben ungefähr identische Summen im Schnitt aus der 2. Säule bekommen haben, wie aus der 1. Säule. Die 2. Säule ist für die Landwirte auch ein ganz wesentliches Standbein und für die Honorierung ökologischer Leistungen das zentrale und daher auch das zukunftsfähige Modell. Vielen Dank.

Fritz Stegen, Präsident der Landwirtschaftskammer Niedersachsen: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, ich bedanke mich auch ganz herzlich, dass ich heute zu dieser Anhörung eingeladen worden bin. Zu meiner Person: Ich bin Präsident der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, aber im Hauptberuf bin ich aber praktischer Landwirt und denke, dies rundet das Bild hier ganz gut ab. Deswegen habe ich auch gern diese Einladung persönlich wahrgenommen, um Ihnen heute Rede und Antwort zu stehen. Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Betrieb tatsächlich im ländlichen Raum im Landkreis Cuxhaven im benachteiligten Gebiet. Ich habe eigene Naturschutzflächen, die FFH-Flächen gehen mittlerweile bis an meinen Hausgarten, obwohl der es am meisten verdient hätte, dass er unter Schutz gestellt wird. Ich beziehe keinen Euro aus der Säule 2 trotz dieser Vorgaben. Die Landwirtschaftskammer Niedersachsen nimmt ja mittlerweile die Agrarverwaltung sozusagen für Niedersachsen wahr und Niedersachsen behauptet zumindest für sich - und wenn die Schweinepreise gut sind, gilt dies wohl auch - dass es das Agrarland Nummer 1 in Deutschland sei, obwohl insgesamt in der Vergangenheit relativ wenig Fördermittel in der Landwirtschaft in Niedersachsen verteilt worden sind. Es ist immer der Schwerpunkt gesetzt worden, ganz egal, wer in Niedersachsen regiert hat, auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Nach meiner Einschätzung hat dies dem ländlichen Raum genutzt. Wir haben eine flächendeckende Landbewirtschaftung behalten und ich sehe auch nicht, dass das in Zukunft irgendwie in Frage stehen würde. Die Naturvielfalt - wie gesagt auch ohne Ausgleichszahlungen - ist bis zur Stunde nicht gefährdet. Das Setzen auf agrarstrukturverbessernde Maßnahmen

hat nach meiner Beobachtung auch gerade in meiner Region dazu geführt, dass wir überdurchschnittlich viele intakt gebliebene Dörfer behalten haben, die in sich stabil geblieben sind und offensichtlich auch bleiben können. Was die Zukunft nun angeht, plädiere ich dafür, dass diese relative Wettbewerbsstärke nicht nur erhalten bleiben würde, sondern in Zukunft auch weiter gestärkt wird. Am Besten kann dies geschehen, wenn in der Säule 1 auch bis zum Jahr 2013 in erster Linie die Direktzahlungen nicht angetastet werden. Es ist richtig, wie Herr Hemmerling gesagt, die Bauern haben mittlerweile mit diesem Direktzahlungssystem Frieden gemacht, obwohl für mich persönlich gilt, dass ich am Ende dieser Periode ein Drittel weniger Direktzahlungen haben werde, als zu Beginn dieser Periode. Ich bin ganz sicher, dass es dabei bleiben muss, dass die Modulation auf 5 % beschränkt sein muss. Wir haben gerade in unserer Veredelungsregion neben der relativ stabilen Landwirtschaft eine außerordentlich gut funktionierende Ernährungswirtschaft. Im Gebiet der Industrie- und Handelskammer Oldenburg sind 25 % der Beschäftigten im Ernährungsbereich tätig. Im Gebiet der Industrie- und Handelskammer für den Elbe-/Weserraum, die für mich zuständig ist, werden 50 % der Umsätze der Mitgliedsbetriebe – da gehört allerdings die Fischwirtschaft mit dazu – im Ernährungsbereich gemacht.

Was die Säule 2 angeht, muss auch hier der Schwerpunkt auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe gelegt werden. Ich teile im Wesentlichen die Vorgehensweise, wie sie die niedersächsische Landesregierung vorgesehen hat, dass in der Achse 1 45 % der Mittel eingesetzt werden sollen, in der Achse 2 25% und in der Achse 3 30 %. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass im Zuge der Tatsache, dass für uns der Wegebau und die Flurneuordnung weiterhin besondere Bedeutung haben werden, die Achse 1 auch noch weiter gestärkt wird. Ich denke, dass die anderen Aufgaben, die im ländlichen Raum erfüllt werden müssen, dadurch nicht zu kurz kommen. In der Achse 2 müssen ganz sicher die Maßnahmen einfacher werden. Wir kontrollieren als Landschaftskammer auch alle Programme und stellen fest, dass wir manchmal Verhältnisse haben, dass die Verwaltungskosten höher sind als die Kosten, die direkt bei den Betroffenen ankommen. Ich selbst habe für die öffentliche Hand, dies sind in diesem Fall die Unterhaltungsverbände, Grünlandflächen sozusagen bewirtschaftet nach einem ganz einfachen System - was darauf gewachsen ist, habe ich für mich verbraucht - es ist kein Geld geflossen und die Flächen sind in Ordnung gehalten worden. Dies habe ich den kommunalen Gebietskörperschaften einmal vorgeführt und dies hatte zur Folge, dass nun diese Flächen unter Naturschutz gestellt worden sind. Ich sollte einen zwanzigseitigen Vertrag unterschreiben zur Erfüllung dieser Aufgabe und ich habe dann gesagt, nun macht euren Kram allein. Damit will ich nichts mehr zu tun haben. Dies war das Ergebnis. Wir müssen sehr darauf achten, dass wir in diesem Bereich zu einfachen Maßnahmen kommen, damit mit dem Geld auch mehr bewirkt wird, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Zur dritten Achse will ich nur so viel sagen, dass dieses Programm schwerpunktmäßig darauf ausgerichtet sein sollte, dass Arbeitsplätze nach Möglichkeit mit Wertschöpfung geschaffen werden und keine Arbeitsplätze in der Bürokratie. Ich begrüße, dass eine investive Förderung der Diversifizierung in Zukunft möglich sein soll. Unsere Erfahrung ist, dass dort, wo eine starke produzierende Landwirtschaft und übrige Wirtschaft sind, der Dienstleistungsbereich sich auch fast von allein entwickelt. Niedersachsen stellt nun eine Ausnahmesituation dar, weil der große Altregierungsbezirk Lüneburg Ziel-1-Fördergebiet geworden ist, ob Niedersachsen damit aber richtig glücklich sein wird, das muss sich

erst noch zeigen. Häufig ist es sehr viel schwieriger, Geld zu verteilen als Geld einzusammeln. Die Erfahrung haben wir ja auch schon gemacht. Der Geldregen, von dem nun alle in den betroffenen Gebieten hoffen, birgt die Gefahr in sich, dass auch wieder Geld verplempert wird. Schön, dass es für Niedersachsen so gekommen ist, aber einen kühlen Kopf sollten wir trotzdem bewahren.

Lutz Ribbe, Stiftung Europäisches Naturerbe: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, Herr Staatssekretär, Sie stehen ja vor keinen leichten Entscheidungen. Sie werden den betroffenen Landwirten und einer durchaus stärker sensibilisierten Öffentlichkeit, was die Geldverteilung angeht, eine nicht sehr schöne Botschaft vermitteln. Es wird weniger Geld in Zukunft in die Landwirtschaft fließen. Dies haben die Finanzbeschlüsse in Brüssel deutlich gemacht. Nun ist genau die Frage, in welchem Bereich wird es weniger geben. Dies hat Herr Gütthler deutlich gemacht und Herr Staatssekretär, wir hatten schon ganz kurz die Gelegenheit gehabt, davon zu sprechen, ob uns momentan in der 2. Säule erst einmal zwei Milliarden fehlen, oder ob es 1,5 oder nur eine Milliarde sind, sei einmal dahin gestellt. Herr Gütthler hat darauf hingewiesen, es wird neue Aufgaben geben, die daraus auch noch zu finanzieren sind. Es gibt also ein Problem. Ich fand ganz interessant, was wir bisher gehört haben. Herr Gütthler sagt, es wird eine Menge Probleme geben und Herr Stegen sagte, es ist an sich kein Problem, die ländlichen Räume sind relativ vital. Sie haben ihren Frieden mit den Direktzahlungen geschlossen. Sie kriegen kein Geld aus der 2. Säule. Ich finde es auch okay, denn es gibt verschiedene Agrarentwicklungen. Ich möchte auch den Kontext noch einmal darstellen. Wenn Sie einmal in den Vertrag der Europäischen Union schauen – wir reden ja gerade über Agrargelder – dann sind die Entwicklungen der ländlichen Räume unter den Agrarzielen gar nicht genannt worden. Steigerung der Produktivität, angemessene Einkommen für jeden in der Landwirtschaft Tätigen, Stabilisierung der Märkte, Versorgungssicherheit, Verbraucherpreise, das sind die Ziele für 1957 und darauf hin wurde Agrarpolitik in der Europäischen Union gemacht. Diese Agrarpolitik hat bestimmte Standorte und bestimmte Betriebe eher im Auge gehabt und gefördert als andere. Dieses hat dazu geführt, dass 1975 auf der europäischen Ebene quasi die Vorläufer der ländlichen Entwicklung initiiert worden sind – die Bergbauernprogramme, weil man zuerst gemerkt hat, gerade in den klimatisch und strukturell benachteiligten Regionen zieht sich die Landwirtschaft zunächst zurück. Dies war die Geburtsstunde der ländlichen Entwicklung, warum – weil die Agrarpolitik, wie viele anderen Politiken auch, eher Konzentrationsprozesse gefördert hat. Am Freitag hatte ich Gelegenheit, mit Ihrem Kollegen Müller an einer Veranstaltung teilzunehmen, der auch gerade diese Konzentrationsprozesse kritisiert und gesagt hat, die Politik muss auch aufpassen, was läuft da ab, mit welchen Konsequenzen. Ich glaube meine Damen und Herren, es ist doch offenkundig, dass wir Probleme im ländlichen Raum haben. Ich habe heute Morgen in der Süddeutschen Zeitung einen hoch interessanten Bericht genau über diese Frage „Jugendliche in den ländlichen Räumen“ gelesen. Gerade die Abgeordneten aus den neuen Bundesländern wissen doch von den Problemen der ländlichen Räume oder Herr Wohlg-schaft aus den strukturschwachen Gebieten im Bayerischen Wald beispielsweise. Wir haben Probleme und nun ist zum ersten Mal in der Agrarpolitik die Situation, dass wir nicht mehr Geld verteilen können. Es wird real weniger. Die Frage ist wirklich eine politische. Wir haben zwei Agrarpolitiken gehabt. Die eine Agrarpolitik, Herr Hemmerling sagt, gebt uns Zeit, sie fort zu entwickeln. Er hat gesagt, es ist die Öffnung in Richtung Weltmarkt und es ist richtig, wir brauchen Betriebe, die am Weltmarkt eine Chance haben. Diese Betriebe haben sich in der letzten Zeit entwickelt und die waren im

Fokus der Agrarpolitik. Übrigens, Herr Hemmerling, brauchen diese Betriebe Investitionsunterstützungen, die sie aus der 2. Säule kriegen. Dies wissen Sie auch. Wir haben aber andere Regionen, wo Sie keine Betriebe entwickeln können, die am Weltmarkt Bestand haben. Wir haben Betriebe, die müssen auf Diversifizierung setzen, auf Ökologisierung und dies sind die Betriebe, die in der letzten Zeit gefördert worden sind aus der 2. Säule. Und stehen Sie vor der Entscheidung, die 300 Millionen oder 100 Millionen, die in Deutschland fehlen werden, wem nehme ich dieses Geld weg? Wer bekommt weniger? Sie können sich das relativ einfach machen. Sie können sagen, die Europäische Union hat mehr oder weniger entschieden. Die hat gesagt, wir lassen die 1. Säule weitgehend unangetastet und in der 2. Säule wird es weniger Geld geben. Setzen wir es 1:1 um, ist ganz klar, was passiert, gerade die süddeutschen Länder, die mit den kleinen Familienbetrieben auf die 2. Säule mit setzen mussten, werden ein Problem haben und die anderen Betriebe, die momentan eher von der 1. Säule mehr profitieren, werden geschont.

Wir haben einen anderen Vorschlag gemacht, meine Damen und Herren. Wir meinen auch, dass die Direktzahlungen wichtig sind für die landwirtschaftlichen Betriebe. Den Vorschlag hat Herr Voß schon vorgestellt. Dieser Vorschlag geht erst einmal davon aus, dass 88 % der Betriebe von einer fakultativen Modulation nicht betroffen sein werden. Es geht hier nicht darum, die 1. gegen die 2. Säule auszuspielen, sondern zu schauen, wenn weniger Geld verteilt werden kann, wer kann es leichter verkraften? Da glauben wir, dass man in der Tat den größeren Strukturen, die primär von den Direktzahlungen in höherem Maße profitieren, auf Grund deren Kostenvorteile durch die Größe auch eventuell eher etwas mehr Geld abnehmen kann, als dem Landwirt z. B. im Bayerischen Wald, der oft nur Nebenerwerbslandwirt ist. Aber ist ein Nebenerwerbslandwirt ein schlechterer Landwirt? Hat ein kleiner Landwirt kein Recht auf die Planungssicherheit, die immer eingefordert wird? Ist das Einkommen, was er aus der 2. Säule generiert nicht genauso wichtig wie das Einkommen, was die anderen im großen Stil aus der 1. Säule bekommen? Wir meinen, dass tatsächlich auf Grund der Kostenvorteile bei den größeren Betrieben etwas genommen werden kann.

Ich darf noch einmal auf einen anderen Punkt hinweisen. Frau Valverde sprach von einem typischen Marktfruchtbetrieb von 300 Hektar. Ja, dies ist ein typischer Marktfruchtbetrieb vielleicht in Sachsen-Anhalt oder in den neuen Bundesländern. In Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Bayern oder in Baden-Württemberg ist es kein typischer Betrieb. Wir haben in Baden-Württemberg 31 Betriebe, die mehr als 100.000 Euro an Direktzahlungen bekommen, drei Betriebe, die mehr als 200.000 Euro bekommen. Die beiden, es gibt zwei, die liegen etwas über 200.000 und es gibt einen Betrieb mit 2,8 Millionen. Dies ist kein typischer landwirtschaftlicher Betrieb, sondern dies ist Südzucker. Wir glauben schon, dass die größeren Betriebe einen höheren Beitrag leisten müssen, als die Landwirte, denen man jetzt das Geld aus der 2. Säule nimmt. Wie wichtig die 2. Säule ist, meine Damen und Herren, dies möchte ich Ihnen noch einmal an einer Zahl zeigen. Sie ist nämlich sehr unterschiedlich wichtig. Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben kaum auf die 2. Säule gesetzt, weil man dort eher die Öffnung zu den Weltmärkten, die Kostenführerschaft, die Wettbewerbsfähigkeit im Auge hat. Das ist auch gut. Es gibt aber andere Regionen, die können es nicht. Bayern hat 40 % in der 2. Säule; im Landkreis Freyung-Grafenau im Bayerischen Wald bekommen 1.960 Landwirte sechs Millionen aus der 1. Säule und 12 Millionen aus der 2. Säule und wenn dort 25 oder 35 % weniger sind, werden die das natürlich

im Portmonee elementar spüren. Ich kann nicht vorhersehen, meine Damen und Herren, was dann passiert, aber Landwirtschaft ist dort mehr als nur Landwirtschaft. Es ist Kulturlandschaftspflege, es ist grüne Infrastruktur. Unser Plädoyer: Jawohl Einstieg in die fakultative Modulation auch vor dem Hintergrund, dass die EU-Agrarminister auf dem informellen Treffen relativ deutlich gemacht haben, dass in der Tat die 1. Säule wahrscheinlich ab 2008/2009 oder spätestens ab 2013 mit großer Wahrscheinlichkeit fundamental heruntergefahren wird. Die Wahrscheinlichkeit ist eine hohe, dass dann die Zukunft in der 2. Säule liegt. Mir fällt es schwer, eine Politik zu verstehen, die sagt, ja die 2. Säule ist die Zukunft, aber jetzt fahren wir sie erst einmal herunter, um sie dann später wieder hoch zu fahren, während andere Staaten sehr stark auf diese 2. Säule gesetzt haben. Unser Problem in Deutschland ist, dass wir anders als Finnland, Österreich oder Portugal, die auf die 2. Säule gesetzt haben oder Dänemark, Niederlande und Belgien, die auf die 1. Säule auf Grund ihrer Strukturen gesetzt haben, sehr unterschiedliche Agrarstrukturen haben. Ihre unschöne Aufgabe ist es jetzt, denjenigen, die betroffen sein werden, auch zu erklären, warum gerade sie getroffen werden und nicht die anderen.

PSSt Dr. Peter Paziorek, BMELV: Es ist schon von Herrn Ribbe und Herrn Hemmerling angesprochen worden von welchen Grunddaten wir überhaupt ausgehen. Jetzt losgelöst von der politischen Einschätzung - bei Herrn Ribbe war zu hören, unabhängig wie groß die tatsächliche Verteilungsmasse ist, die herauskommt, eine Kürzung wird es sein. Dem ist auch zuzustimmen. Wir sind aber im Augenblick dabei, konkret mit der Europäischen Kommission abzustimmen, wie nun tatsächlich der nominale Betrag aussehen wird, der für den Förderzeitraum bis 2013 jetzt tatsächlich zur Verfügung steht. Da hat Herr Hemmerling das schon angedeutet, wobei es nicht so ist, Herr Hemmerling, dass es eine Mitteilung unseres Hauses gibt. Eine Mitteilung hat immer einen verbindlichen Charakter. Andererseits ist es aber so, dass das, was Sie mit den Zahlen angesprochen haben, nicht ganz neben der Spur liegt. Ich habe dies heute Morgen vor der Sitzung auch teilweise in Vorgesprächen erörtert. Ich selbst habe die Zahlen erst heute Morgen in einer Vorbesprechung auch vorgetragen bekommen. Ich werde mich bemühen, bis Mittwoch zur Ausschusssitzung dies auch belastbar in der Leitung abzustimmen, weil wir am Mittwoch in der Ausschusssitzung durch den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesen Tagesordnungspunkt wieder auf der Tagesordnung haben. Der Sachverhalt sieht im Augenblick wie folgt aus, und sehen Sie mir nach, dass ich verbindlich zu den Zahlen im Einzelnen nichts sagen kann. Wir haben eine Berechnung im Hause durchgeführt in Abstimmung auf der Arbeitsebene mit der Kommission vor einigen Monaten oder Wochen nach der entscheidenden EU-Runde unter Beteiligung der Regierungschefs. Dort ist uns berichtet worden, dass es einen Rückgang im Schnitt um 37 % bei der 2. Säule mit dem nominalen Endbetrag als Arbeitsbetrag von 5,9 Milliarden Euro für den Förderzeitraum gibt. Dort waren in der Tat - wie Herr Hemmerling es gesagt hat - auch weitere Beträge genannt, wie z. B. Modulationsmittel oder sonstige neue Verteilungsmittel aus dem Bereich Tabakförderung, was auch große Aufregung in dem Bereich hervorruft, aber es ist ja nun EU-Recht, noch nicht eingerechnet, so dass die 5,9 Milliarden Euro auch auf Grund dieser beiden Erhöhungsstränge erhöht werden müssten auf einen Betrag von ca. 7 Milliarden Euro. Ich glaube dies ist auch unstrittig. Jetzt gibt es ja das endgültige Berechnungssystem der Europäischen Kommission, so wie Herr Güthler dies auch dargestellt hat. Wir haben jetzt die ersten verbindlichen Zahlen nach Vorstellung der Kommission bezogen auf die einzelnen Jahre zwischen 2007 und 2013. Dann ist man erst in der Lage auch zu indexieren, mit dem Ergebnis, dass sich dann Beträge erhöhen können, die

ausgezahlt werden. Jemand, der eine kommunale Haushaltsplanung mit gemacht hat, geht eigentlich von dem umgekehrten Verfahren aus. Da gibt es einen nominalen Endbetrag und wenn indexiert wird, bedeutet dies im Grunde genommen, der nominale Geldbetrag liegt fest. Durch die Inflationseinberechnung gibt es aber ein Weniger an Verteilung von Mitteln, dazu müssen wir in Ruhe noch einmal am Mittwoch vortragen, etwas anders als bei der Kameralistik im kommunalen Haushaltswesen. Dies bedeutet auch, dass die Bemessungsgrundlage insgesamt, der Gesamttopf, durch die Berechnung von realen Preisen steigen wird. Dies bedeutet, rein nominal wird der Auszahlungsbetrag nach allem, was wir wissen, ich sage dies einmal so, bedeutend höher liegen, als wir noch vor einigen Wochen vermutet haben. Aber, und da kann ich Herrn Ribbe durchaus zustimmen, wird es so sein, dass dieser verbesserte Nominalbetrag immer noch unter dem liegen wird, was eigentlich bei einer Fortschreibung der jetzigen Situation herausgekommen wäre, so dass eine Kürzung vorhanden sein wird. Aber ob es eine Kürzung sein wird von minus 10 %, minus 12 % oder minus 15 % und nicht minus 34 %, dies kann ich heute noch nicht einmal verbindlich sagen. Es gehört auch zur Fairness, dass man das hier einbringt, damit man jetzt erkennt, dass bei den Zahlen noch eine gewisse Veränderung drin ist. Wir werden alles tun in unserem Hause, dass wir am Mittwoch im Ausschuss Ihnen unsere verbindliche Einschätzung mitteilen können.

Abg. Marlene Mortier: Ich finde es gut, dass der Vertreter von AbL als erstes festgehalten hat: Es ist wichtig, dass wir uns nicht gegenseitig ausspielen. Ich sehe dies auch so. Zweitens: Die Ausgangsvoraussetzung ist in den verschiedenen Bundesländern extrem unterschiedlich. Der Vertreter von DVL hat davon gesprochen, dass einmal die Altverpflichtungen - vor allem was Bayern betrifft - sehr groß sind und in die Zukunft gerichtet, dass die Mittelabläufe sich erhöht haben und wohl auch weiter erhöhen werden. Wir müssen darauf bestehen, dass der Beschluss zur 1. Säule steht, was Planungssicherheit und Verlässlichkeit betrifft, denn hier geht es unmittelbar um direkt einkommenswirksame Zahlungen. Ich muss noch einmal deutlich machen, dass es nicht bei dem Status quo bleibt, sondern dass im Rahmen der GAP-Reform bei der nationalen Modulation bis 2007 ja 5 % zusätzlich in die Modulation abfließen und dass aus dem Topf auch Bulgarien und Rumänien finanziert werden müssen. Ich finde es deshalb richtig, was Sie, Herr Hemmerling, gesagt haben, nämlich, dass die Landwirte auf Grund dieser massiven Umbrüche in diesen Jahren Zeit braucht und wir jetzt nicht von einer Seite auf die andere fallen sollten. Es ist extrem schwierig, Herr Ribbe. Sie sagen: Ich möchte jetzt nicht in Ihrer Haut stecken. Ich sehe aus der momentanen Situation noch einmal keine Möglichkeit an der 1. Säule zu rütteln. Auf der anderen Seite haben wir in der 2. Säule mehr Aufgaben, aber weniger Mittel. Wir sind einerseits froh, dass es diesen Finanzbeschluss bis 2013 gibt oder gegeben hat, und dass die EU nicht jedes Jahr ihren Haushalt neu beschließen muss. Dies sehe ich als einen großen Vorteil an. Auf der anderen Seite haben wir mit diesen Bedingungen fertig zu werden. Jetzt zu meiner Frage. Baden-Württemberg haben wir gehört, wird an seinen Eigenmitteln im Rahmen der 2. Säule festhalten, was ich sehr positiv finde. Auf der anderen Seite hat AbL gesagt, die Diskussion Nettozahlerländer und Kofinanzierung in Höhe von 25 % ist ja zunächst gestoppt worden. Auch ich sehe als richtig an, dass es gestoppt worden ist, aber auf der anderen Seite können jetzt schon Bundesländer den Beweis antreten, dass sie eine entsprechende Finanzierung durch Beibehaltung oder sogar Aufstockung der Eigenmittel beschließen können. Herr Dr. Wohlgemuth die Frage an Sie: Wie wird sich Bayern verhalten, weil diese 2. Säule eine ganz wichtige Rolle spielt? Eine zweite Frage zum Land-

schaftspflegeverband: Herr Güthler, Sie sagten, wir sind für eine fakultative Modulation für einen Einstieg, die soll aber moderat sein und Sie sagen weiter, 20 % wären nicht gerechtfertigt, weil es den Landwirten nicht zumutbar wäre. Sind nicht auch 5 % unseren Landwirten nicht zumutbar, weil dieses Geld dann von der 1. Säule in die 2. umgeschichtet werden müsste? Danke schön.

Abg. Peter Bleser: Klarheit und Verlässlichkeit sind entscheidende Prinzipien, die in der Politik in der Lage sind, Rahmenbedingungen zu setzen, auf die man sich verlassen kann. Wir sind jetzt im ersten Jahr der GAP-Reform. Die Leute haben erst vor vier Wochen ihre ersten Ausgleichszahlungen fast ein halbes Jahr verspätet von dieser Halbzeitbewertung, die im Grunde genommen eine neue Reform war, erhalten und jetzt sollen sie schon wieder vor neue Rahmenbedingungen gestellt werden, die sie nicht kalkulieren können. Deshalb die klare Aussage, die wir auch immer vor der Wahl gemacht haben: Die Union ist für die Beibehaltung der 1. Säule, weil sie dafür notwendig ist, um in den nächsten Jahren, die bis 2013 vor uns stehen, die Betriebe in die Lage zu versetzen, sich auf die neuen Bedingungen, die nach 2013 auf Grund einer neuen GAP-Reform und von zu erwartenden WTO-Beschlüssen ganz sicher kommen wird, einzustellen. Wir haben es hier mit über vier Millionen Beschäftigten zu tun, die in Gefahr geraten, wenn es hier Veränderungen gibt. Im Übrigen muss festgehalten werden, dass wir Kürzungen der 1. Säule beschlossen haben, 5 % Modulation sind zu erwarten und die Kosten des Beitritts von Bulgarien und Rumänien sind einzupreisen, d. h., es sind mindestens über 10 % - vorsichtig geschätzt – an Reduzierungen schon im nächsten und übernächsten Jahr zu verkraften. Auch dies soll denen gesagt werden, die hier Prioritäten verschieben wollen.

Darüber hinaus bin ich sehr froh, dass der Staatssekretär das wirkliche Ausmaß der Kürzungen, die für die 2. Säule zu erwarten sind, noch einmal in der Tendenz dargestellt hat. Dies sind um die 10 % und ich sage es noch einmal, mit einer Prioritätenverschiebung müsste dieser Betrag auch in den Ländern aufzubringen sein bzw. an Konzentration von Maßnahmen auf wirklich notwendige Bereiche müsste es möglich sein, dass man mit diesen Kürzungen zurecht kommt. Ich will darüber hinaus aber eines sagen, ich bin sehr dafür, dass wir die Landbewirtschaftung insbesondere in den sensiblen Gebieten aufrechterhalten. Dies hat etwas mit Umwelt zu tun und mit Strukturförderung im Bereich des Fremdenverkehrs. Dies ist hochwichtig und deshalb sollten wir auch da in Zukunft gewisse Hilfen geben können, weil die Wettbewerbsfähigkeit nicht so ohne weiteres erreicht werden kann. Aber dennoch Konzentration auf die wesentlichen Dinge und nicht auf all die Wünsche, die hier immer wieder geäußert worden sind. Deshalb zwei Fragen. Zunächst an Herrn Hemmerling. Es wurde hier mehrfach eine Kappungsgrenze vorgeschlagen. Was glauben Sie, wo da Arbeitsplätze geschaffen werden, in der Landwirtschaft oder im Bereich des Notarwesens? Die zweite Frage geht ebenfalls an Sie: Welche Entwicklungen befürchten Sie, wenn wir jetzt in die Kappung, in die Reduzierung der 1. Säule hineingehen, insbesondere in dem Bereich der Milchwirtschaft, weil dort durch die Abschmelzung der Ausgleichszahlungen auch die Fläche schon eine enorme Belastung in den nächsten Jahren zu verkraften hat, bei unten liegenden Milchpreisen und insbesondere, was für Auswirkungen sehen Sie auf Grund der hier genannten Situation auf die Bewirtschaftung von Grünland? Macht man hier vielleicht, wenn man die Modulation aufgreift von der 1. in die 2. Säule nicht sogar den falschen Schritt und reduziert umweltpolitisch gewollte Leistungen gerade damit am meisten?

Abg. Hans-Michael Goldmann: Erst einmal herzlichen Dank an die Sachverständigen. Ich glaube, wir haben sehr richtig darauf gedrungen, um dieses Thema heute zu besprechen. In die Zahlen muss Klarheit hineinkommen und am Mittwoch wird dies dann noch klarer, denn es gibt in dieser Frage sicherlich viel zu tun. Ich will nur an die eine Aussage von Herrn GÜthler erinnern, dessen Stellungnahme mir sonst auch sehr gut gefallen hat, Natura 2000 muss umgesetzt werden. Das Ziel ist Vertragsnaturschutz und wir müssen schon schauen, wo bekommen wir die Mittel her, um dies auszugestalten. Allerdings muss ich auch sagen, lieber Peter Bleser, Klarheit und Verlässlichkeit – dies war ein Kompromiss auf Kosten der Landwirtschaft, den Frau Merkel getroffen hat und dies war sicherlich kein guter Einstieg in den Bereich der Agrarwirtschaft und der Sicherung der ländlichen Räume. Da sollte man auch nicht drum herum reden. Hier ist sozusagen ein Europasignal gesetzt worden auf dem Rücken unserer Landwirte und des ländlichen Raumes und zwar generell für alle Landwirte. Die Unterscheidung in 1. Säule-Landwirte und 2. Säule-Landwirte finde ich nicht sehr zukunftsorientiert. Insofern wundert mich, sehr geschätzter Herr Dr. Wohlgemuth, ihre sehr moderate Stellungnahme als Bayer. Sie bluten, dass die Heide knackt und dann sagen Sie, es ist eigentlich alles gar nicht so tragisch. Mag dies etwas mit dem Minister zu tun haben, der aus Ihrem schönen Bundesland kommt. Auch über den Vertreter des Deutschen Bauernverbandes habe ich mich sehr gewundert. Ich habe gerade eine Pressemitteilung vorliegen, da hat Herr Sonnleitner gegenüber der DPA-Pressagentur etwas ganz anderes gesagt. Er hat gesagt, der Ausfall beträgt etwa 20 %, vorausgesetzt, die Kofinanzierung durch die Bundesländer werde nicht aufgekürzt und dann sagt er, der Bund solle diese Differenz auffüllen. Da würde mich schon interessieren, Herr Staatssekretär, ob der Bund auch in solche Überlegungen eingestiegen ist, wie er es denn auffüllt, denn sonst kommt doch sehr stark zum Tragen, was hier angesprochen worden ist, weniger Geld für mehr Aufgaben und da kann man relativ simpel sagen, dies kann nicht aufgehen.

Überall dort, wo die Agrarwirtschaft in kluger Weise in den vergangenen Jahren die 1. Säule genutzt hat und dies auch zukünftig tut, dort sind die Dinge eigentlich recht löblich. Dies hat auch Herr Stegen deutlich gemacht. Eine meiner Lieblingsregionen ist natürlich das Emsland. Aus dem Ertrag, den die Landwirte bei uns in der 1. Säule erzielen, sind wir in der Lage, jede Menge Vertragsnaturschutz auf kommunaler Basis auf den Weg zu bringen. Die 1. Säule ist das Rückgrat des ländlichen Raumes, d. h. aber nicht, dass nicht dort, wo Wettbewerbsnachteile sind, wo im Grunde genommen ökologische Aufgabenstellungen da sind, dass wir da natürlich nicht auch Geld ausgeben müssen für den ländlichen Raum insgesamt.

Die Region Lüneburg ist eine etwas spezielle in Niedersachsen. Sie hat ein Stück Leben durch Förderung in der Grenzregion gehabt und nachdem die Grenze zum Glück weg fiel, ist es in dieser Region noch ein Stück schwächer geworden. Die Agrarkraft des Raumes Lüchow-Dannenberg wage ich doch ein bisschen in Frage zu ziehen im Vergleich mit der von Ihrem Raum oder aus Süddenburg oder des Emslandes. Deswegen ist das Zielgebiet 1 und dies muss man ja auch noch einmal sagen, was für die Ostländer insgesamt gilt, dies ist schon eine tüchtige Stärkung für Umstrukturierung und Weichenstellung im ländlichen Raum insgesamt.

Für mich ist dies eine der Kernfragen und ich habe es als widersprüchlich empfunden, die Anmerkung Kappungsgrenze. Frau Valverde sagt, die höchsten Erträge erzielen Betriebe zwischen 500 und 700 Hektar. Am schlechtesten sind die Betriebe über 1.000 Hektar gestellt. Gleichzeitig schlagen Herr Ribbe und Herr Gütthler vor, den Kostenvorteil der großen Betriebe durch Kappung zu reduzieren. Da würde mich interessieren, ob Herr Ribbe ein durchgerechnetes Modell hat, wie sich der Abbau der Finanzmittelbereitstellung auswirken würde? Ich neige zu der Auffassung, dass die großen Betriebe nicht so große Kostenvorteile haben, wie dies hier zum Teil angesprochen worden ist. Deswegen kann dies aus meiner Sicht nicht der richtige Weg sein. Herrn Gütthler hat von moderater Modulation gesprochen. Es ist ja bekannt, dass die FDP diese Form von Modulation als das Obermaß empfindet. Ich möchte ihn fragen, ob es wirklich einmal durchgerechnet wurde im Hinblick auf die Auswirkungen auf den ländlichen Raum und auf die Betriebe, die in der Umstellung sind, gerade wo es darum geht, die Mittel bis 2013 zu nutzen, um auch möglicherweise neue Märkte z. B. als Energiewirt zu erschließen.

Abg. Bärbel Höhn: Ich muss auch sagen, dass es eine sehr gute Sache war, dass wir uns entschieden haben, diese Anhörung ELER noch vor der Sommerpause zu machen. Insofern hat Herr Goldmann noch eine Verstärkung in dem Punkt und dass das Thema wichtig ist, haben wir in den Haushaltsberatungen gesehen, aber dies sehen wir auch in der Medienlandschaft und auch vor Ort, weil natürlich sehr viele betroffen sind. Aus meiner Sicht ist wichtig bei den Statements, dass natürlich noch einmal herausgekommen ist, dass es in den Ländern sehr große Unterschiede gibt. Niedersachsen als ein Land, dass sehr wenig Gebrauch von der 2. Säule gemacht hat und durch die obligatorische Modulation sogar noch ein Plus bei der ganzen Sache hat. Die Länder im Süden Deutschlands sind massiv davon betroffen. Es hat übrigens nicht nur damit zu tun, dass man eine andere Politik gemacht hat, sondern auch mit den Böden, Herr Goldmann. Man macht in Niedersachsen mit der Größe der Höfe eine ganz andere Politik als man sie in bestimmten anderen Bereichen in Deutschland machen kann. In der Mittelgebirgsregion ist es so, wenn da ein Milchviehbetrieb ist, dann hat er durch das Kombimodell zwar jetzt höhere Prämien bekommen, weil wir dies ja jetzt auf die Fläche umlegen, auf der anderen Seite gilt aber immer noch, dass er als Milchviehbetrieb natürlich auch durch die gesunkenen Milchpreise große Probleme hat und damit letzten Endes genau auf diese Extensivierungsmaßnahmen angewiesen ist. Von daher gibt es bei ganz vielen nur noch die Entscheidung, gibt man diesen Betrieb auf und dann ist da Wald und wenn sie in Regionen von Sayn-Wittgenstein in Nordrhein-Westfalen sind, dann ist das der walddreichste Kreis Deutschlands mit 75 bis 80 % Wald, da müssen Sie nicht noch mehr dabei haben oder aber geben wir ihm die Möglichkeit, weiter zu existieren. In diesen Bereichen ist übrigens der Tourismusaspekt sehr wichtig, dass es da auch Landwirtschaft gibt. Von daher haben wir eine vollkommen unterschiedliche Situation. Es ist noch einmal deutlich geworden, für die Leistung von FFH hat die EU keine Finanzmittel zur Verfügung gestellt, obwohl sie es immer versprochen hat. Die Länderminister haben damals diese Ausweisung von FFH-Flächen auch mit dem Hinweis gemacht, dass die Bauern dafür eine Entschädigung bekommen. Auch für die Wasserrahmenrichtlinie gibt es keine zusätzlichen Mittel der EU. Deshalb meine Frage an den Vertreter aus Bayern: Wie wollen Sie diese zusätzlichen Leistungen bei dem Einbruch, den Sie in der 2. Säule haben, erbringen? Wollen Sie diese ganzen Mittel aus bayerischen Mitteln aufstocken oder wollen sie das im Prinzip über das Ordnungsrecht machen? Die nächste Frage geht an den Vertreter

von Euronatur und an den Deutschen Verband für Landschaftspflege. Sie haben sehr stark den Wert der 2. Säule und die Möglichkeiten und Projekte, die die 2. Säule hergibt, noch einmal dargestellt. Mich würde interessieren, ob Sie Erfahrungswerte haben, was hat dies eigentlich für Arbeitsplätze in diesem Bereich gebracht? Dann habe ich noch eine Frage zur Kappungsgrenze. Da war auch der Deutsche Bauernbund, der für diese Kappungsgrenze ist. Ich würde gern noch einmal die Argumente des Deutschen Bauernbundes hören wollen, was dies bringt? Die letzte Frage geht an die Bundesregierung, was den Ökolandbau betrifft. Ich habe mich schon gewundert, dass der Deutsche Bauernverband jetzt die neuesten Neuigkeiten aus dem Ministerium hier verkünden darf und der Staatssekretär sagt, dass er uns das erst in der nächsten Ausschusssitzung mitteilt. Dies ist schon interessant. Was wir jetzt vor Ort erleben ist, dass auf der eine Seite die Verbraucher stärker Ökoprodukte nachfragen, auf der anderen Seite aber Bauern wieder zurück umstellen wollen, weil die Förderung einfach eingestellt oder herunter gefahren wird. Wie will das Ministerium damit umgehen? Haben Sie schon Zahlen vorliegen, wie sich die Flächen reduzieren und in welcher Form wollen Sie das kompensieren? Im Übrigen bitte ich zu entschuldigen, dass ich mich gleich hier entfernen muss. Ich habe noch einen anderen Termin, den ich wahrnehmen muss. Aber meine Antworten werden alle registriert und die bekomme ich auch alle mit.

Abg. Holger Ortel: Meine Damen und Herren, verehrte Kollegen, dass es die Unterschiede in den einzelnen Bundesländern gibt, dies war immer so und dies bleibt auch so. Ich finde es nicht ganz gut, Frau Valverde, sie schlagen mit dem Deutschen Bauernbund immer noch die Schlachten von gestern. Vielleicht sollten Sie etwas mehr nach vorn schauen, dies hat mir hier so ein bisschen gefehlt. Ich habe grundsätzlich eine Anmerkung zu ELER zu machen. Ich denke, man darf ELER nicht ganz allein betrachten, auch EFRE und ESF gehören zum ländlichen Bereich. Wenn der ländliche Bereich dann in Zukunft auch in diesem Bereich vielleicht seine Schularbeiten ein bisschen mehr macht, bleibt auch für den ländlichen Bereich aus diesen beiden Töpfen etwas übrig. Ich hätte noch eine Frage an Herrn Hemmerling. Ist es nicht so, dass wir in vielen Bereichen der Landwirtschaft immer noch einen Investitionsstau haben, der sich vor allen Dingen in den letzten sieben Jahren ausgebaut hat? Ich könnte mir vorstellen, wenn ich hier Investitionen auf meinem Betrieb vorhätte, möchte ich eine Planungssicherheit haben und eine Modulation hilft mir da nicht unbedingt.

Abg. Dr. Kirsten Tackmann: Ich glaube schon, dass wir uns die Aufgabe, die wir hier zu erfüllen haben, noch etwas deutlicher machen müssen. Gerade in Ostdeutschland spitzen sich die Probleme im ländlichen Raum deutlich zu. Wir haben es mit einer sehr starken Abwanderung und sehr hoher Arbeitslosigkeit zu tun. In diesem Kontext ist immer wieder die Frage zu stellen, können wir uns eigentlich noch die Besiedelung der ländlichen Räume in der derzeitigen Situation überhaupt noch leisten. Müssen wir in Zukunft akzeptieren, dass wir bestimmte Bereiche in unserem Land nicht mehr besiedeln oder zumindest nicht mehr so besiedeln, wie es im Moment der Fall ist. Ich sage ganz deutlich, wir wollen das nicht. Im Gegenteil: Wir wollen politische Rahmenbedingungen schaffen, wo auch ländliche Räume gleichwertige Lebensbedingungen bieten. Dabei heißt gleichwertig nicht gleich zu sein. Es gibt deutliche Unterschiede und die sollen auch so bleiben. Gleichzeitig ist es so, dass das Geld, was zu verteilen ist, auch mit einer gewissen gesellschaftlichen Akzeptanz verteilt werden muss, d. h. es muss auch jeder in dem Land verstehen, warum die Gelder dafür aufgewendet werden, mit

welchem Ziel und welchen Effekt. Es muss auch ein Gefühl von Gerechtigkeit entstehen. Diese Rahmenbedingungen sind durch die Politik zu stellen. Wir dürfen die 1. und 2. Säule nicht gegeneinander ausspielen. Wenn wir z. B. in Ostdeutschland darüber nachdenken müssen, dass die Direktzahlungen die Betriebe teilweise am Leben erhalten und wenn wir dann sagen, wir schicken dies viel lieber in den ländlichen Raum, denn der ländliche Raum ist ohne landwirtschaftliche Betriebe nicht denkbar. Gleichzeitig muss man auch sagen, dass die ländlichen Betriebe auch ein entsprechendes ländliches Umfeld brauchen. Hier ist es wichtig, die Menschen in den Dörfern und im ländlichen Raum zusammenzuführen und nicht eine Neiddiskussion zu führen, der eine bekommt dies und der andere jenes. Es ist eine schwierige Aufgabe, aber trotzdem müssen wir uns dem stellen und wir haben noch ein zusätzliches Problem, nämlich die Diskontinuität der Entscheidung auf ganz verschiedenen Ebenen.

Wir wissen nicht, was der Midterm-Review bringen wird und was nach 2013 sein wird. Diese Diskussion, die wir hier führen, müssen wir aus meiner Sicht mit mehr Zukunftsblick führen. Wir müssen dies voraus denken, was kommt. Die Frage geht an alle Experten: Wissen wir denn eigentlich schon genügend über die Wirkungen der Projekte und Gelder, die wir sozusagen hier verteilen, was sie tatsächlich für Auswirkungen hatten? Haben die wirklich Arbeitsplätze geschaffen? Wir wissen, dass Arbeits-schaffung für ein Leben im ländlichen Raum der entscheidende Punkt sein wird, denn da, wo man nicht seine Existenz bestreiten kann, wird man auch nicht hinziehen. Gleichzeitig brauche ich da ein kulturelles Umfeld, Schulen und andere Lebensbedingungen, die mich im ländlichen Raum halten. Wir haben hier mehrfach festgestellt, dass die Bedingungen in den Ländern sehr unterschiedlich sind, auch innerhalb der Länder gibt es große Unterschiede und da ist beispielsweise auch die Kofinanzierung der Länder zu hinterfragen. Wir haben reiche und arme Länder. Wie ist dies denn mit der Kofinanzierung der 2. Säule? Welche Auswirkungen erwarten Sie da in Ländern, die ohnehin schon Schwierigkeiten haben, die Finanzierung der ländlichen Räume zu finanzieren? Die jetzt in die Situation kommen, dass sie auch noch weniger Kofinanzierung bekommen. Die nächste Frage geht an die AbL zur fakultativen Modulation: Denken Sie nicht, dass dort auch eine Schwierigkeit in Bezug auf die Auswirkung auf die landwirtschaftlichen Betriebe bestehen würde, die tatsächlich auf diese Gelder angewiesen sind? Vielleicht noch eine Bemerkung zu dieser Diskussion Degression. Ich glaube, man darf hier auch nicht zu grob urteilen. Nicht jeder große Betrieb macht hier einen Reibach, sondern manche große Betriebe sind aus den natürlichen und historischen Bedingungen entstanden und können sehr wohl auf die Zahlungen angewiesen sein. Insofern sollte man diese Diskussion sehr viel stärker mit den Zielen, die wir mit den Subventionen oder Förderungen verfolgen, nämlich die Schaffung von Arbeitsplätzen, Bindung der Subventionszahlung an Arbeitskräfte und Bindung an gesellschaftlich für richtig befundene Ziele, verbinden. Ich finde, eine Leitdiskussion oder eine Kappungsdiskussion, die sozusagen losgelöst von den konkreten Bedingungen in den Betrieben geführt wird, ist ausgesprochen schwierig. Wie sieht Bayern das konkret mit diesen Kofinanzierungsmitteln? Welche Möglichkeiten gibt es da? Den DBV möchte ich fragen, wie dies mit den Direktzahlungen in der Zukunft aussieht? Wir wissen, dass gerade die 1. Säule zumindest in der gesellschaftlichen Akzeptanz schwieriger zu vermitteln sein wird, also möglicherweise in Zukunft stärker unter Druck gerät.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan: Warum bekommt die CDU/CSU-Fraktion in der ersten Runde zwei Redner und die anderen nur einen Redner? Wir haben in den einzelnen Bundesländern eine total unterschiedliche Entwicklung der Landwirtschaft. Frau Kollegin Höhn hat gesagt, dies hätte etwas mit den Böden zu tun – ja auch, dies hat etwas mit der Mittelgebirgsstruktur zu tun, aber auch mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Bundesländern. Gerade dort, wo die wirtschaftliche Entwicklung gut gewesen ist, wie dies in Baden-Württemberg und Bayern war, gab es die Möglichkeit, für kleine Betriebe auf den Nebenerwerb zu setzen und ein zweites Einkommen aus dem gewerblichen Beruf zu ziehen. Diese Möglichkeit hat es in verschiedenen anderen Bundesländern nicht gegeben und deswegen ist in diesen anderen Bundesländern eine andere Entwicklung erfolgt. Es hat die Tendenz zu größeren Betrieben insbesondere bei mir in Schleswig-Holstein gegeben und den Versuch, möglichst wettbewerbsfähige Strukturen in der Landwirtschaft zu schaffen. Mein Kollege Goldmann stellt dies immer beispielhaft am Emsland dar, aber es gibt auch in anderen Regionen ein solches Bestreben, wettbewerbsfähige landwirtschaftliche Strukturen zu schaffen. Für diese Länder muss man feststellen, dass dort die 1. Säule das Rückgrat der ländlichen Entwicklung ist und dass eine Kappungsgrenze selbstverständlich existenzvernichtend oder ein Programm für Rechtsanwälte ist, wie man diese Betriebe aufteilen kann, damit diese Kappungsgrenze umgangen wird. Von daher warnen wir als Liberale massiv davor, solche Kappungsgrenzen vorzunehmen, weil es eine andere Entwicklung hat als diejenigen, die das jetzt vorschlagen, tatsächlich glauben.

Es gibt unterschiedliche Positionen, die in der Zwischenzeit geäußert worden sind. Die Regierungsfractionen haben einmal in der Haushaltsdebatte dargestellt, dass die Investitionsbereitschaft innerhalb der Landwirtschaft außerordentlich positiv sei. Hier in der Debatte haben wir gehört, dass es einen Investitionsstau in der Landwirtschaft gibt und deswegen meine Frage an die landwirtschaftlichen Vertreter, wie ist es denn tatsächlich: Investitionsstau oder eine bessere Bereitschaft landwirtschaftlicher Betriebe wieder zu entwickeln und wenn, frage ich mich, auf welche Wirtschaftsdaten sich eine solche Bereitschaft tatsächlich gründet? Es ist von verschiedenen Vertretern übereinstimmend dargestellt worden, dass die Bürokratielasten erheblich seien. Der Präsident der Landwirtschaftskammer Niedersachsens hat dargestellt, dass teilweise die Bürokratie teurer sei als das, was dann an die Landwirte ausgezahlt wird. Ich frage jetzt an diese Runde, ob Sie Vorstellungen haben, wie man aus Ihren praktischen Erfahrungen heraus Bürokratielasten mindern könnte? Haben Sie Modellvorstellungen, wie zum einen Vorschriften so gestaltet werden können, dass sie von der Kontrolle her leichter zu managen sind, so dass die Bürokratielasten tatsächlich besser dastehen? Es haben sich verschiedene Vertreter der Runde dafür stark gemacht, dass die 2. Säule gestärkt werden soll. Wir müssen dann feststellen, dass für bestimmte Bundesländer eine Kofinanzierung nicht möglich sein wird. Kollegin Tackmann hat dies für die ostdeutschen Länder gesagt. Dies ist aber für mein Land Schleswig-Holstein ähnlich zu sehen. Wie wollen Sie für diese Länder die Landwirtschaftspolitik gestalten, die jetzt auf die 1. Säule gesetzt haben? Was ist die Zukunft in diesen Ländern?

Abg. Cornelia Behm: Ich möchte mich bei allen Sachverständigen für ihre Stellungnahmen bedanken. Von Bayern liegt uns leider keine schriftliche Stellungnahme vor. Wenn wir heute über die Finanzierung der 2. Säule reden, dann reden wir nicht nur über die Landwirtschaft in den Jahren 2007 bis 2013, sondern wir reden über eine Zukunft der Landwirtschaft über 2013 hinaus. Ich erlaube mir Frau

Fischer Boel zu zitieren, die gesagt hat: Die 2. Säule ist die Lebensversicherung der Landwirtschaft. Da geht sie eben auch davon aus, dass in der 2. Säule Maßnahmen finanziert werden, die gesellschaftlich akzeptierte Leistungen durch Fördermittel honorieren. Ich denke, wir können es uns nicht leisten, dass diese Betriebe, die einen großen Teil ihres Einkommens aus der 2. Säule generieren, auf Grund wirtschaftlicher Probleme durch die massiven Kürzungen, aufgeben müssen. Es ist nur gerecht, wenn die Betriebe, die einen großen Teil ihres Einkommens aus der 2. Säule generieren, genauso eine Planungssicherheit haben, wie die Betriebe, die vorwiegend, wie in Niedersachsen, ihr Einkommen aus der 1. Säule beziehen. Ich frage die Vertreter des Deutschen Bauernverbandes, des Deutschen Bauernbundes und auch den Vertreter der AbL, ob Sie schon einmal mit ihren Betrieben darüber gesprochen haben, wie eine Modulation nach dem Degressionsmodell aussehen könnte. Kleinere Betriebe fallen nicht unter die Modulation, sondern nur die großen Betriebe, die sehr große Zahlungen in Anspruch nehmen, auf Grund der Tatsache, weil sie auch effizienter wirtschaften können. Da würde mich schon einmal interessieren, wie wird dies von den Betrieben aufgenommen und haben Sie schon einmal ermittelt, wie viel Prozent der Betriebe dann überhaupt von der Modulation betroffen wären?

Ich möchte Herrn Stegen fragen, er hatte uns so schön vorgerechnet, dass Niedersachsen den Schwerpunkt auf die 1. Achse mit 45 %, 2. Achse mit 25 % und 3. Achse mit 30 % legt. Da frage ich mich, wo bleibt denn bei Ihnen die 4. Achse, also der LEADER-Ansatz? Wenn Sie sagen, der Wegebau und die Flurneuordnung hat immer noch eine Bedeutung, dann denke ich, dies gilt vielleicht für Niedersachsen, aber im Wesentlichen für die anderen Bundesländer nicht. Ich frage weiterhin den Vertreter Bayerns. Können Sie sich vorstellen, dass man durch Konzentration der ESF-Mittel und EFRE-Mittel auf den ländlichen Raum, die Kürzung bei ELER kompensieren kann? Es sind ja solche Dinge im Gespräch. Können Sie sich vorstellen, dass man dafür Mehrheiten bekommt und dass man so ein Modell konstruieren könnte?

Abg. Dr. Gerhard Botz: Ich kann nahtlos an die letzte Frage meiner Vorrednerin anknüpfen. Ich will nur noch eine Vorbemerkung machen. Ich hatte vor vierzehn Tagen die Gelegenheit, auf dem gesamtdeutsch organisierten Grünlandtag in der Sächsischen Schweiz auftreten zu können und dort ist z. B. ein Landwirt aus dem Schwarzwald händeringend auf mich als Mitglied dieses Ausschusses zu gekommen und hat Zustände und Ängste beschrieben, die ich hier nicht ausführen will, weil sie auch in Fragen oder Statements Ihrerseits angeklungen sind. Deswegen möchte ich die rhetorische Frage auch in Richtung Bundesregierung aufwerfen und an meine Vorrednerin anknüpfen. Können wir eigentlich mit gutem Gewissen angesichts der tatsächlich sich abzeichnenden komplexen Probleme in unseren ländlichen Räumen dabei bleiben, diese überwiegend auf der Plattform traditioneller Agrarpolitik lösen zu wollen? Ich persönlich glaube das schon lange nicht mehr angesichts der Prozesse der demographischen Entwicklung und der schwindenden Wertschöpfung in ländlichen Räumen, die wir alle kennen. Wir wissen, dass es auch ländliche Räume gibt, die sich so nennen, denen es aber relativ gut geht und auch angesichts der sich häufenden Probleme mit Faktoren der Daseinsvorsorge, die es unstrittig in Ost und West gibt. Insofern muss man sich wirklich das fragen, müssen wir bei diesen Töpfen so bleiben, wie sie einmal entstanden sind oder müssen wir nicht stärker indikativ ansetzen? Ich schaue mit großer Erwartungshaltung, Herr Staatssekretär, auf die angekündigte Konferenz zur

Zukunft ländlicher Räume, weil ich eigentlich zu denen gehöre, die hoffen, dass wir hier vielleicht neue Ideen und Vorschläge machen. Ich möchte an Herrn Hemmerling die Frage richten, wissend, dass ich auch in meinem Heimatland in Thüringen immer dafür kritisiert werde, ob es nicht doch sinnvoll im Sinne einer moderaten Modulation wäre, genau das zu erreichen, was wir mit dem Begriff der Planungssicherheit alle abnicken. Niemand hier in der Runde und in der Landwirtschaft bestreitet, dass wir mehr Planungssicherheit brauchen. Nur, ist es nicht eine Illusion wirklich zu glauben - angesichts dessen, was Blair und andere äußern, so lange als möglich die Festung zu halten und danach mag passieren, was will. Ist es nicht klüger und planungssicherer sowie moderat vernünftig - vielleicht auch föderal untersetzt - in eine solche Modulation eher einzusteigen?

Ich möchte auch eine Frage an Herrn Ribbe stellen. Ich glaube, Sie haben sehr gut unsere Zwangslage als Politiker auf den Punkt gebracht. Nun sind wir gewohnt, in solchen Notlagen zu stehen und bitter entscheiden zu müssen. Dies werden wir schon irgendwie lösen. Aber was mir bei Ihnen ein bisschen gefehlt hat und da schließe ich an Herrn Goldmann an, Sie haben sich immer so geäußert, dass es nach Ihrer Auffassung doch eher vertretbar sei in Richtung der Betriebe doch mehr zuzugreifen, die die Kostenführerschaft anstreben können. Das haben Sie nicht nur abgelehnt, sondern haben es auch begrüßt. Wenn Sie da ein bisschen präziser werden könnten, weil die Begriffe der Obergrenzen und der Kappungsgrenzen gefallen. Gestatten Sie mir einmal einen Rückblick als ehemaliges Mitglied der frei gewählten Volkskammer und ganz der anderthalb Jahrzehnte, die wir jetzt hinter uns haben: Wenn wir damals und auch in Etappen in den letzten Jahren, egal ob in Europa, im Bundestag oder irgendwo anders in dieser manchmal so leicht nachvollziehbaren Debatte, dies sind doch viel zu große Beträge und die müssen doch gekappt werden bei den größeren Betrieben, zu früh nachgegeben hätten, dass wir das, was wir mit Blick auf einige Regionen in Deutschland mittel- und langfristig in diesem Teil Deutschland befürchten in einer Größenordnung bekommen hätten, die zu Verhältnissen geführt hätten, vor denen die Kollegin zu meiner Rechten sehr laut warnt. Ich möchte mich hier doch noch einmal eindeutig gegen solche pauschalen Kappungsgrenzen äußern. Wenn Sie diskutiert werden, dann sollen diejenigen, die dies andeuten und sagen, wir können uns da was vorstellen, so bald wie möglich auch Butter bei die Fische tun und einmal klar sagen, wie sie sich das rechnerisch vorstellen.

Die Vorsitzende: Herr Paziorek wird im Ausschuss auf die all die Fragen Antwort geben. Ich möchte noch einmal kurz etwas zu Niedersachsen sagen. Ich gönne es Ihnen ja nun wirklich, aber Sie können doch nicht auf der eine Seite sagen, das Land hat die tollsten ländlichen Regionen, die man sich vorstellen kann und auf der anderen Seite sind sie aber Ziel-1-Region und bekommen dafür viel Geld, um diesen entsetzlichen Entwicklungsrückstand aufholen zu können. Ich finde, so geht es nicht. Dann müsste man das Geld abgeben. Wir würden uns in Rheinland-Pfalz darüber freuen.

Zur Entscheidung der EU: Ich denke, auch dies gehört zu den politischen Diskussionen, die wir im Ausschuss führen dazu. Da kommen halt die Kollegen von der CDU/CSU und der SPD nicht drum herum, auch wenn ich manchmal das Gefühl habe, dies war eine Abrechnung mit Stoiber. Aber ganz klar ist doch, bei der Verlässlichkeit und Planungssicherheit kann es doch nicht nur in eine Richtung gehen. Die Frage ist doch, für wen stellt sich hier Verlässlichkeit und wie kriegen wir einerseits das

Ziel zusammen, das, was wir mit der 1. Säule erreichen, nämlich auch die Betriebe, die die Kostenführerschaft erlangen können, zu unterstützen, aber gleichzeitig die Betriebe, die über die Diversifizierung und die multifunktionale Landwirtschaft ihre Wertschöpfung erlangen, nicht fallen zu lassen. Ich glaube auch nicht, Herr Hemmerling, dass Sie sich als Deutscher Bauernverband hier derartig einseitig auf die eine Seite nur der Betriebe schlagen, die sich von den Direktzahlungen etwas erhoffen oder hier ihre Perspektive sehen. Ich glaube, dass es zu einem Aufstand kommt, wenn es hier nicht zu einer besseren Zusammenführung der Möglichkeiten und Potenziale unserer Landwirtschaft in allen Regionen des Landes kommt und auch auf deren angemessene Unterstützung in diesen Potenzialen.

Die Ernährungswirtschaft hat bis 2015 Berechnungen durchgeführt. Es wird eine Entwicklung in Höhe von 40 % voraus prognostiziert, dass die Leute weiter im Billigpreissegment kaufen und billig heißt übrigens hohe Qualität sowie ein Hochpreissegment von besonderer Qualität, wo man eine Steigerung von 38 % bis 2015 sieht. Dies entspricht übrigens allen Entwicklungen, die wir aktuell seit einigen Jahren haben. Die Mitte fällt ein Stück weit weg und der Markt orientiert sich einerseits auf billig bei guter Qualität und andererseits auf eine besondere Spezialitätenentwicklung in der ökologischen Landwirtschaft, tiergerechte Produktion, Spezialitäten und ähnliches. Dies ist übrigens eine gute Entwicklung, weil sie auch unsere Potenziale in den Regionen aufgreift.

~~Auch aus dieser ökonomischen Entwicklung heraus, ist es doch notwendig, hier nicht eine Aufspaltung zu betreiben, sondern diese beiden Förderpotenziale in den beiden Säulen zusammen zu bekommen. In bin der Überzeugung, dass es nicht so bleiben kann, wie es ist. Wenn man sich die Diskussion im Europäischen Parlament ansieht, die vehement auf eine Veränderung 2008 abzielt, wenn man sieht, was die EU-Kommissarin Fischer Boel in die Diskussion wirft, die Transparenzrichtlinie, die jetzt sehr wahrscheinlich zu einer Verordnung wird, der Sachverständigenbeirat, da muss man doch sehr abseits von aktuellen Diskussionen stehen, wenn man da nicht auf die Idee kommt, dass man sich tunlichst in Deutschland auf eine Veränderung vorbereiten sollte, nicht in den nächsten zehn Jahren, sondern in der Diskussion 2007/2008. Übrigens haben wir dies schon einmal bei der Revision beim letzten Mal erlebt. Es ist ausgesprochen wichtig zu überlegen, wie kann es denn vernünftig weitergehen.~~

Für mich heißt das Stichwort tatsächlich moderate Modulation, quasi eine Qualifizierung der 1. Säule in Verbindung mit dem Faktor Arbeit und wie kann es da so vorangehen, dass man hier zu einer vernünftigen Lösung kommt, die nicht eine reine Kappung ist, sondern die wirtschaftenden Betriebe stärkt, die auch das Defizit der arbeitsintensiven tierhaltenden Betriebe stärker als bisher berücksichtigt. Wie könnten da konkret die Vorschläge aussehen? In vielen politischen Kreisen setzt sich eine Strategie durch, wo alles auf die Metropolenregionen konzentriert werden soll. Was sehen Sie für notwendig an, um die Förderpolitik im Agrarbereich anzupassen und neu auszurichten?

Lutz Ribbe, Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur): Es ist wichtig festzuhalten, dass ländliche Entwicklungspolitik mehr ist als nur Agrarpolitik. Dies ist sehr wichtig. Ich möchte ein bisschen Wasser in den Wein hineingießen. Die Hoffnung, dass die EFRE-Mittel, also der Regionalfonds oder der Sozialfonds der Europäischen Union überall greifen kann, kann man sich abschminken. Dies ist ja

gerade die Diskussion, die wir in Lüneburg haben. Dort greifen die Mittel natürlich erst in den sog. Kohäsionsbereichen, also in jenen Bundesländern, die wirtschaftlich so schwach sind, dass die Europäische Union sagt, da müssen die Mittel rein. Also für die Entwicklung der Eifel oder des Schwarzwaldes fallen diese Mittel aus.

Ein weiterer Punkt, der sich durch die Diskussion zog, ist die Kofinanzierung der Länder. Erstens: Die Länder haben noch nie kofinanziert. Die Europäische Union tut kofinanzieren. Dies ist ein Unterschied und ist politisch hoch interessant. Wir haben einige Bundesländer gehabt, die haben immer auf die Maßnahmen der 2. Säule gesetzt, z. B. sehr stark in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Die Europäische Union hat gesagt, jenen, die das tun, helfen wir. Wenn die Länder dies nicht wollen, müssen sie ja nicht. Dann zahlt auch die Europäische Union nicht. Es ist also nicht so, dass die Europäische Union mehr oder weniger die Länder zwingen würde. Dies ist ein anderer Ansatz. Dies heißt also, die Regionalentwicklung muss immer von unten kommen. Die ländliche Entwicklung ist mehr als nur das ELER-Geld. Die alte Bundesregierung hat einmal einen sehr guten Ansatz mit „Regionen aktiv“ gemacht und auch LEADER ist ein guter Ansatz. Wenn Sie einmal in die Staaten hineingehen, die sich genau die Frage stellen, die von der SPD-Fraktion kam, können wir uns eigentlich die Aufrechterhaltung der ländlichen Räume noch leisten, da können wir doch von anderen Staaten viel mehr lernen, z. B. von Finnland, die haben ganz andere ländliche Räume. Da können Sie sich einmal anschauen, wie es gemacht wird. Erstens: Setzen sie auf die 2. Säule, genau wie Österreich auch und zweitens haben sie ganz andere Managementstrukturen. Man braucht nicht zu glauben, dass die ländlichen Räume sich entwickeln, wenn man sagt, da ist das Geld und macht mal. Dies ist natürlich mehr.

Von Herrn Goldmann ist mir die Frage gestellt worden, ob wir gerechnet haben und er sprach auch die Kappung an. Herr Goldmann, wir haben uns niemals für die Kappung ausgesprochen. Ich habe nicht die Kappung von 300.000 angesprochen. Die ist von anderen ins Spiel gebracht worden. Wenn Sie mich fragen würden, wie ich dazu stehen würde, wenn dies die einzige Maßnahme wäre, wenn Sie sich dafür und für andere Sachen nicht entschließen wollen, dann machen sie es. Mit der Kappung von 300.000 Euro würde der ländliche Raum, wenn man das Geld behalten könnte, die Modulation behalten können - für die Kappung gibt es gar keine Rechtsgrundlage auf der Europäischen Ebene und es würde mit der Kappung von 300.000 € mehr Geld frei gesetzt werden, als durch den Vorschlag, den AbL, Euronatur und andere Verbände gemacht haben. Eine fakultative Modulation, die erst ab 20.000 Euro ansetzt, also 88 % der Betriebe ausnimmt. Dann wurden wir gefragt, ob wir gerechnet haben, ja das haben wir getan. Dies ist auch eine Frage von Herrn Goldmann und von Frau Höhn. Meine Organisation hat Studien in Hohenlohe in Baden-Württemberg gemacht, wo wir die Arbeitplatzeffekte der ländlichen Entwicklung nicht mit mathematischen Modellen errechnet haben, sondern wir sind in die Betriebe gegangen. Es war hoch interessant und man muss einmal schauen, was unten los ist. Da können Sie aber hervorragende Effekte von Arbeitsplätzen durch die Maßnahmen der 2. Säule sehen, auch investive Maßnahmen und nicht nur durch Agrarumweltmaßnahmen. Die ländliche Entwicklung ist mehr. Herr Goldmann, im wirtschaftlichen Bereich spricht man auch von der Fehlallokation von Mitteln. Für die Planungssicherheit möchte ich Ihnen ein Beispiel nennen, wo ich gern Planungssicherheit hätte, wenn ich Landwirt wäre. Kleinwansleben: Sie wissen, dies ist ein

Betrieb in Sachsen-Anhalt mit 14.000 Bullen. Sie wissen ganz genau, dass die Bundesregierung sich hier bei der EU durchsetzen musste, weil eigentlich die Europäische Union gesagt hat, bei 90 Bullen ist Schluss. Warum hat Kleinwanzleben mit der Bullenmast aufgehört? Ausgehend von den sich verändernden agrarpolitischen Rahmenbedingungen ist in Zukunft eine wirtschaftliche Rindermast durch die in Kleinwanzleben gegebene vorhandene GmbH nur noch sehr eingeschränkt möglich, weil man die Bullenprämie nicht mehr zahlte. Die haben also gar nicht für den Markt, sondern für Subventionen gewirtschaftet. Nun sagt man, diese feilkalkulierten Mittel, die bekommst du erst einmal weiterhin, damit du in Zukunft 5.000 Sauen und 25.000 Schweine mästen kannst. Diese Planungssicherheit hätte ich auch gern und jeder Landwirt im Bayerischen Wald hätte die auch gern, der auf die 2. Säule setzt.

Da möchte ich nur etwas sagen, wo ich nicht ganz sicher bin, ob Sie, Frau Vorsitzende, Recht haben werden. Sie sagten, es wird einen Aufstand beim Bauernverband geben, Herr Hemmerling könnte nicht so einseitig nur für die 1. Säule eintreten, sondern er müsste das gleiche für die 2. Säule tun. Ich glaube, der Bauernverband macht dies sehr bewusst, weil er ganz genau weiß, dass die Diskussion, die wir hier in diesem „hohen Haus“ führen, wie man so gerne sagt, da unten gar nicht angekommen ist. Wir sind in die Region gefahren. Ich war im Landkreis Freyung-Grafenau und habe mit dem Landrat gesprochen und habe gesagt, wisst ihr eigentlich, was euch zukommt? Der wusste es natürlich nicht und habe ihm die Zahlen präsentiert. Dies war dann der Anlass, dass er a) einen Brief an den Bundeslandwirtschaftsminister geschrieben hat und gesagt hat, so kann dies aber nicht gehen und b) das der örtliche Landrat mit dem Vertreter des bayerischen Bauernverbandes vor die Presse getreten ist und gesagt hat, wir brauchen die fakultative Modulation im Gegensatz zu dem, was Ihr bayerischer Bauernverband, wo es eine gewisse Personalunion gibt zwischen dem bayerischen und Bundesbauernverband, die haben eine ganz andere Position. Und noch einmal, wenn Sie glauben, die 200 oder 300 Mio., die fehlen werden, ganz egal, wie viel das sind, sind besser einzusparen bei den Landwirten, die in der 2. Säule davon profitiert haben, dann müssen Sie diese Politik machen. Ich glaube in der Tat, dass auf Grund von Kostenvorteilen bei denen, die quasi schon weltmarktfähig sind, man eher einsparen kann und dass die Mittel in der 2. Säule besser aufgehoben sind auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen für die gesellschaftliche Akzeptanz und für den Umweltschutz. Vielen Dank.

Fritz Stegen, Präsident der Landwirtschaftskammer Niedersachsen: Ich möchte einmal sagen, dass ich meinen Auftrag hier so aufgefasst habe, aus der Sicht der Landwirtschaftskammer Niedersachsen Ihnen heute vorzutragen. Was in ganz Deutschland richtig oder verkehrt sein mag, kann ich nur begrenzt beurteilen. Dies kommt auch in den schriftlichen Antworten zum Ausdruck.

Zunächst zu Lüneburg als Ziel-1-Fördergebiet: Ich habe dies gesagt, das hat sich nun einmal so ergeben und dies hängt natürlich mit dem Speckgürtel von Hamburg und Bremen zusammen. Dies ist mir ja alles geläufig. Soll Niedersachsen nun sagen, das Geld nehmen wir nicht. Wir haben in der Vergangenheit immer beklagt, dass die süddeutschen Bundesländer immer beim Geld abrufen voraus waren, woher auch immer. Nun haben wir einmal Glück gehabt und nun nutzen wir dies eben auch, so gut es geht. Man muss sagen, Niedersachsen ist so unterschiedlich strukturiert, wie Deutschland insgesamt vom Westen nach Osten, vom Norden nach Süden und wir haben genug Probleme zu bewältigen. Ich

habe nur gesagt, wenn Niedersachsen die Mittel anders eingesetzt hätte, dann stände Niedersachsen heute schlechter da.

Nun zu der Frage, was schafft wirklich Arbeitskräfte im ländlichen Raum. Wenn ich diese Frage so aus dem Handgelenk beantworten könnte, dann wären wir möglicherweise alle weiter. Ich bleibe dabei, dass es nur Sinn macht, zu versuchen, Arbeitsplätze so zu schaffen, dass sie auch Bestand behalten, wenn irgendeine Förderung nicht mehr läuft, d. h. dass dies selbst tragende Entwicklungen sind, die dann auch ohne Förderung einmal alleine funktionieren. Die Weiterverarbeitung von Lebensmitteln ist ja das, was die stärkeren Regionen in Niedersachsen so stark gemacht hat und ich denke, da wird es auch eine Weiterentwicklung geben. Wie schwierig das ist, damit auch diese Betriebe wettbewerbsfähig bleiben, habe ich am eigenen Leib erfahren. Ich bin in den ersten fünf Jahren bis vor kurzem Beiratsvorsitzender der größten deutschen Molkerei – der Nordmilch – gewesen und habe die Höhen und Tiefen und jetzt wieder Höhen hautnah mit erlebt, was aber eben auch nur mit einem Abbau von Arbeitsplätzen möglich war.

Zu dem Thema gute und schlechte Böden: Da möchte ich darauf hinweisen, dass wir in den ländlichen Regionen in Niedersachsen eher dort, wo die guten Böden sind, die größeren Probleme haben und dort, wo die schlechten Böden sind, die Verhältnisse besser sind. Dies hat relativ wenig mit guten und schlechten Böden zu tun, sondern hängt wahrscheinlich mehr mit den unternehmerischen und Selbsthilfequalitäten der Menschen zusammen sowie mit der Fort- und Ausbildung sowie der Qualifizierung. Ob wir nun einen Investitionsstau haben – ich glaube, er hält sich in Grenzen. Die Stimmung in der Landwirtschaft wendet sich langsam zum besseren und es ist gut, dass es so ist. Ich bin ein geplagter Milchviehhalter hauptberuflich, aber ich muss auch registrieren, dass der Milchpreis nicht gesunken und die Ausgleichzulage, die Direktzahlung dazu gekommen ist. Ich hätte mir vor fünf Jahren nie vorstellen können, dass ich einmal für eine gute Schlachtkuh wieder 1.000 Euro Erlösen könnte. Dies trägt dazu bei, dass die Stimmung in Richtung investieren tatsächlich wieder besser wird und dies gilt selbst auch für den schwierigen Bereich der Rindermast. Die ist schon immer und ewig von den Betriebswirtschaftlern tot gesagt worden. Ich mäste auch Rinder und die Rindermäster sind am Leben geblieben und machen auch weiter.

Zum Bürokratieabbau: Mein Direktzahlungsantrag hat sich überhaupt nicht von dem unterschieden vom letzten Jahr. Da würde es also reichen, wenn ich wie im Vorjahr ankreuzen könnte und die ganze Geschichte wäre erledigt. Da gibt es eine ganze Reihe von Betrieben, wenn man nur Veränderungen vermerken müsste. Dies wäre aus meiner Sicht eine große Vereinfachung. Es wird ja immer gesagt, es kommt von der EU her das Ausklagen bei irgendwelchen Rückzahlungsbescheiden, wie man dies nach der 1. Instanz, wenn jemand verloren hat, wenn wir als Landwirtschaftskammer jetzt das für das Land Niedersachsen machen, wenn wir die 1. Runde verloren haben, dass man dann sagen könnte, zugunsten des Landes nun ist Schluss. Ich habe jetzt eine Klagegeschichte des Landes Niedersachsen, die wir fortgeführt haben, beendet, da ging es um 1,39 Euro Zinsen. Da habe ich gesagt, die bezahle ich im Zweifel dem Land Niedersachsen aus der eigenen Tasche und die Kammer hat die 1,39 Euro an das Land Niedersachsen gezahlt, damit nun endlich diese Klagerei ein Ende hat, ob dies zu Recht oder zu Unrecht ist. Da müssen wir was tun.

Zum Thema Planungssicherheit: Das Thema Planungssicherheit habe ich kaum verwendet, weil ich mir darüber im Klaren bin, dass es die in der Wirtschaft immer nur begrenzt geben wird. Wenn man seinen Landbetrieb so ausrichtet, dass man mit einer gewissen Planungsunsicherheit eher zu Recht kommen kann, ist man jedenfalls besser beraten als mit der Planungssicherheit. Schön wäre es, wenn man sie hätte, aber die gibt es in der Wirtschaft nur begrenzt.

Was Niedersachsen mit der 4. Säule vorhat, da kann ich Ihnen eine Broschüre „Handlungsempfehlungen des Landes Niedersachsen für die EU-Förderperiode“ empfehlen. Ich vertrete ja das Land Niedersachsen. Aber in der schriftlichen Antwort können Sie zu der Frage 12 nachlesen, dass Niedersachsen dort keine großen Veränderungen erwartet, weil schon in der Vergangenheit in Niedersachsen so verfahren worden ist. Wir haben 17 LEADER-Regionen, 3 Region aktiv-Gebiete und andere Maßnahmen, so dass sich da nicht so viel verändern wird.

Was macht Flurneuordnung noch für einen Sinn? Ich glaube, für ein kostengünstiges Wirtschaften macht die Größe der Betriebe weniger aus als die Schlachtgröße, die man bewirtschaften kann. Wenn man tausend Hektar hat und wie dies bei mir der Fall ist, ich habe keine tausend Hektar, sondern 160, aber die durchschnittliche Schlachtgröße ist nicht mehr als 1 ½ Hektar, weil dann der Nächste kommt und da könnte ich tausend Hektar haben, das würde mir nichts nützen. Insofern wird eine Flurneuordnung in Zukunft durchaus Sinn machen.

Eine letzte Bemerkung zum Beispiel Österreich: Die deutschen Landwirtschaftskammern pflegen einen engen Kontakt zu den Landwirtschaftskammern in Österreich. Ich kann von mir persönlich sagen, dass ich mit dem österreichischen Oberkammerpräsidenten, Rudolf Schwarzbeck, persönlich befreundet bin und die österreichischen Verhältnisse lassen sich nicht auf unsere übertragen. Im Gegenteil, wenn ich dort zu Besuch bin, dann hat er jedes Mal die Bitte, dann sage doch unseren österreichischen Bauern auch einmal ein bisschen, dass mehr Wettbewerbsfähigkeit schaffen nicht verkehrt sein kann und sich nur auf irgendwelche Zahlungen zu verlassen, kann nicht unbedingt das Zukunftsmodell sein.

Wolfram Gühler, Deutscher Verband für Landschaftspflege e. V.: Noch einmal zum Verhältnis der 1. und 2. Säule. Aus meiner Sicht der Dinge ist es sehr wichtig zu sagen, dass eine Modulation kein Selbstzweck ist. Ich nehme niemanden gern Geld weg und ich glaube auch hier in der Runde hat keiner den Spaß erkennen lassen, dass er gern Landwirten Geld der 1. Säule wegnimmt. Ich glaube, es geht um eine ganz andere Frage, welches Geld ist in welcher Position zukunftsicherer angelegt. Dies ist für mich die Kernfrage, über die wir diskutieren sollten. Dass wir hier die Diskussion 1. und 2. Säule haben, halte ich auch für unglücklich, aber ich kann leider nichts dafür für die finanziellen Vorausschau, deren Ergebnisse ja auch die meisten Parteien, die hier im Bundestag sind, mit vorbereitet oder umgesetzt haben. Diese Ergebnisse haben wir auf dem Tisch und sie lassen uns ganz wenig Spielräume. Ich denke, strategisch gesehen, sollten wir schauen, ob wir die Sachen in der Säule zusammenfassen, damit wir gar nicht mehr diese Diskussion führen müssen oder andere Überlegungen machen, um vielleicht die Kofinanzierungen auszudehnen, dass die bei beiden Säulen gleichmäßig ist

und dann noch reduziert, Nettozahlererfolge für Deutschland wären dann auch gegessen. Dies sollten wir weiter in der Zukunft, was ab 2013 passiert, diskutieren. Wir haben in der Tat momentan eine unglückliche Situation, aber ich kann leider auch nur aus den Beschlüssen der finanziellen Vorausschau lesen und mir überlegen, wie ich damit umgehe.

Noch zwei Aussagen, die mir sehr wichtig sind. Bei Herrn Ribbe und auch von meiner Seite war die Kappungsgrenze keine Diskussion. Ich halte sie für eine sehr ungeschickte Diskussion, weil dann sofort einen Ost-West-Konflikt haben, den wir in der Form nicht brauchen. Ein intelligenteres Modell ist, was Euronatur vorgestellt hat. Da würde ich zumindest empfehlen, darüber weiter zu diskutieren, wobei man sicherlich noch überlegen kann, ob es noch bessere Lösungen gibt. Dies wäre auch mein Wunsch an Sie, noch einmal zu überlegen, welches Modell das austarierte ist, weil verschiedenste Überlegungen dann eine Rolle spielen müssen. Aber erst einmal muss man sich klar darüber werden, geht man in diese Richtung und dann glaube ich, hat man noch Möglichkeiten. Ich möchte auch daran erinnern, dass die EU-Kommission einen Vorschlag vorgelegt hat, wie freiwillige Modulation umgesetzt werden soll, der sehr weitgehende Festlegungen macht. Wenn man als Deutschland andere Regelungen will, wäre es sehr hilfreich, dass von Ihrer Seite auch schnell die Optionen in Richtung Brüssel getragen werden. Meines Wissens ist die Kommission relativ bereit, noch Änderungen aufzunehmen. Aber man müsste sich relativ schnell in diese Diskussion einschalten. Die Kommission will eigentlich eine Modulation auf freiwilliger Basis nur dann möglich machen, wenn bis 5.000 Euro quasi keine Modulation erfolgt und darüber hinaus dann moduliert wird mit dem einheitlichen Prozentsatz. Dies ist die Regelung, die vorgesehen ist. Da sollten wir aus meiner Sicht noch einmal überlegen, ob die Modulation die intelligenteste Lösung ist. Es spricht einiges dafür, dass das Ribbe-Modell vielleicht ein Modell ist, das ein bisschen intelligenter ist. Ich möchte auch meinen, dass man da noch weiter kommen könnte. Aber dies wäre auch noch einmal Ihre Entscheidung.

Aus meiner Sicht ist das zentrale Kriterium, warum ich in die 2. Säule gehe, ist wirklich das Diskussionskriterium, dass wir eine zukunftsfähige Politik für den ländlichen Raum machen wollen. Ich sehe große Sorge, wenn Vertreter hier sagen, wir setzen in unserem Land auf die 1. Säule. Aber bitte schön, dann setzten Sie auch bis 2013 auf die 1. Säule. In Brüssel gibt es sehr wenig Menschen, die davon ausgehen, dass nach 2013 die 1. Säule in der Form noch weitergeht und wenn, haben wir noch Glück, wenn wir sie quasi als Baseline irgendwo unten noch halten können. Aber das drastische Kürzungen bei der 1. Säule kommen werden und 2013 folgende, davon gehe ich aus, dass wir das machen müssen. Schauen Sie sich die Diskussionen in den anderen Mitgliedsstaaten an. Da ist Großbritannien ein Vorreiter in negativer Hinsicht, aber andere sind in ähnliche Richtungen auch am denken. Ich glaube, die Diskussion müssen wir führen und aus dieser Sicht muss ich sagen, meine Bauchschmerzen sind, wenn die Länder sagen, wir setzen auf die 1. Säule. Sie könnten vielleicht ab 2014 mit gar nichts da stehen und dann geht es ihnen vielleicht noch schlechter, wie den Bayern, die im Moment große Probleme haben. Passen Sie da auf. Ich glaube auch nicht, dass die Diskussion die Strukturfonds zu nutzen, uns sehr viel weiter bringt. Wir kämpfen auf der Ebene der Länder dafür und versuchen, den ländlichen Raum da rein zu bekommen, aber auf der anderen Seite kämpfen die Wirtschaftsministerien dafür, dass sie in ELER hinein kommen. Wir haben quasi gegenläufige Entwicklungen, so dass die einen sagen, Moment einmal, der ländliche Raum ist doch gar nicht mehr so wichtig

und die Metropolregion und dann wollen wir natürlich aus dem ELER auch ein bisschen in Richtung anständige Strukturpolitik entwickeln. Dies gleicht sich irgendwie eher auf. Wir müssen schauen, dass die Leute, die für diese Strukturfonds zuständig sind, nicht eher in die andere Richtung sind. Es ist ganz wichtig für mich, dass wir relativ bald versuchen, auch ein gemeinsames Bündnis für den ländlichen Raum zu schaffen. Aus der Sicht der Dinge, die im Moment in Brüssel laufen, habe ich große Sorgen und auf Bundesebene ist auch Einiges angesprochen worden, z. B. die Diskussion Metropolregionen. Auch die Lissabon-Diskussion kann man sehr stark gegen den ländlichen Raum fahren und einige interessierte Gruppen machen das. Es gibt sehr wenige Menschen, die dafür wetten, dass wir die 1. Säule nach 2013 in der Form halten können. Lassen Sie uns überlegen, dass wir eine Form finden, wo wir mehr Chancen haben, der Öffentlichkeit auch zu vermitteln, dass wir mit den Mitteln auch etwas Vernünftiges auf die Reihe bringen.

Ich möchte noch einmal auf den Koalitionsvertrag hinweisen. Gleichgewichtige Entwicklung von 1. und 2. Säule haben Sie sich als Aufgabe gestellt. Dies ist ein sehr weiser Entschluss. Natürlich sind 6 % weniger in der 1. Säule schmerzhaft und es wird auch Landwirte treffen. Dies ist unbenommen. Aber eine gleichgewichtige Entwicklung ist nicht, dass man der einen Säule die ganze Kürzungslast überträgt und dann noch mit Aufgaben übernimmt.

Zur Kooperation im Naturschutz: Bei uns allein arbeiten 20.000 Bauern ganz engagiert im Naturschutz mit. Wollen wir da nicht weiter machen? Frau Merkel hat vor kurzem in einer sehr guten Rede „100 Jahre Naturschutz“ darauf hingewiesen, dass der kooperative Gang im Naturschutz forciert werden muss und der Vertragsnaturschutz ausgebaut werden muss. Auch dies steht wieder in der Koalitionsvereinbarung drin und auch da meine ganz große Sorge, wenn Sie das als Kriterium hernehmen, wie die Mittel verteilt werden, kommen Sie zu aus meiner Sicht wahren Entschlüssen in die Richtung 2. Säule.

Zu den neuen Jobs: Wir brauchen klarere Aussagen, was bringt denn wirklich die Jobs für den ländlichen Raum. Ich möchte aber trotzdem darauf hinweisen: Im Bereich der 2. Säule haben wir eine Evaluierung laufen, wo auch teilweise interessante Aussagen drin sind, auch welche Maßnahmen der 2. Säule wirklich jobrelevant sind. Man kann sicherlich über die Methodik dieser Werke streiten, aber eins fand ich sehr interessant, dass gerade im Bereich der integrierten ländlichen Entwicklung, also wo wir die Sachen zusammenziehen, wo wir versuchen, aus dem Vertragsnaturschutz auch eine Wertschöpfung aus dem touristischen Bereich mit rein zu holen und dass diese Bereiche die sind, wo wir dann auch Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichern und hoffentlich auch neue schaffen können. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass viele Sekundäreffekte leider momentan schwierig zu erfassen sind. Ich denke beim Vertragsnaturschutz an die Mittenwalder Buckelwiesen im Werdenfelser Land und wie die Touristenhorden darüber laufen und sich an der schönen Blumenpracht erfreuen. Wenn Sie an die lange Rhön denken und sich eben nicht nur das Birkhuhn darüber freut, sondern auch sehr viele Leute, die diese Landschaften genießen. Wenn Sie an den Schwarzwald denken, den wir nur dadurch wahrnehmen können, dass da zum Glück nicht nur Landwirtschaft ist und nicht nur Bäume herumstehen, sondern auch offene Landschaft da ist, dann merken Sie auch, dass ich auf der einen Seite einen Landwirt für eine ökologische Leistung honoriere und damit viele andere Effekte angesto-

ßen werden, die sehr schwierig zu bilanzieren sind. Herr Goldmann, Ihre Frage sehe ich sehr berechtigt: Habt Ihr das einmal durchgerechnet, was heißt denn 6 % moderate Modulation? Ich kann Ihnen dies nicht sagen, weil wir es eben nicht rechnen können, weil wir auf der Gegenseite 6 % Abzug auch dann die Programmplanung der ländlichen Räume dagegen halten müssen und sagen, da gibt es wieder mehr Gelder und die Programmplanung. Es wäre die einzig faire Rechnung, wenn man dies wirklich mit dem schwarzen Stift ganz genau rechnet und schaut, welche Abstriche haben die Landwirte bei welcher Form von Modulation und wie kommen die Gelder dann wieder bei den Landwirten an. Dies kann ich nur mit anderen Nebenannahmen errechnen. Eine wichtige Annahme ist die Frage, gibt es Eigenmittel des Landes in diesem Bereich? Bei der fakultativen Modulation ist es eben nicht notwendig, dass noch einmal das Land Eigenmittel dazu gibt, d. h., wenn wir ein Land haben, dass definitiv keine Mittel hat, kann es auch die fakultative Modulation jetzt einsetzen, weil sie nicht kofinanzieren müssen. Sie dürfen aber natürlich auf der anderen Seite kofinanzieren und dies ist dann die Frage, Sie müssen ein Rechenmodell annehmen, von welchen Zahlen Sie da ausgehen. Von daher sind sehr viele Unbekannte, die es sehr schwierig machen, hier eine ganz saubere Rechnung zu machen und darum würde ich das Ihnen hier nicht mitgeben wollen. Dies wäre aus meiner Sicht nicht fair. Aus der momentanen Sicht der Dinge ist es sehr schwer, dies auszurechnen. Es ist wichtig, noch einmal diese Zukunftsdiskussion zu führen, was hilft uns längerfristig für die Landwirtschaft weiter, z. B. bei der Natura 2000-Umsetzung. Wir kommen nicht drum herum und man sollte es mit den Landwirten zusammen machen und sie nicht in eine Notsituation bringen, wo wir den Landwirt vor Ort furchtbar quälen müssen, weil kein Geld mehr da ist. Diese Situation sehe ich auf uns zukommen. Dies wird auch das Problem: Warum ist die Lobby, die für die 2. Säule kämpft, so relativ gering? Weil es einfach ein sehr schwieriger Prozess ist. Bei der Kürzung 6 % Modulation weniger, da weiß ich als Landwirt sofort, was auf mich zukommt, aber bei einer Kürzung von 85 Mio. Euro pro Jahr an EU-Mitteln in Bayern bei der 2. Säule kann ich als Landwirt überhaupt nichts damit anfangen, weil ich nicht weiß, welche Programme und wen es betrifft. Es ist sicherlich ein Problem, dass wir in der 2. Säule nicht so eine harte Gegenbewegung haben. Dies allein sollte nicht das Argument für die 1. oder die 2. Säule sein, sondern die Diskussion sollte dahin gehen, was hilft uns längerfristig weiter für den ländlichen Raum.

Zur Bürokratie: Ich habe große Sorgen mit der Bürokratie der 2. Säule. Ich sehe auch, dass meine Sorgen nicht kleiner werden, sondern eher wachsen werden. Ich denke z. B. an den Bericht des Europäischen Rechnungshofes zu den Agrarumweltprogrammen, der noch viel mehr an Vorgaben und Schärfe liefert. Alles muss bis aufs Kleinste kontrollierbar sein. Ein Beispiel aus meiner mittelfränkischen Region. Wir machen seit 20 Jahren in einem großen Wiesenbrütergebiet mit den Bauern Vertragsnaturschutz und sie sind inzwischen aus stolz auf Rotschenkel und andere. Sie produzieren jetzt eben auch diese Arten mit. Eines der wichtigen Modelle war, dass die Bauern von innen nach außen mähen. Dies kann nur schwer kontrollieren und man kann es eigentlich nur dann tun, wenn die Bauern mähen. Es ist ganz wichtig, dass die Tiere dann vom inneren Bereich heraus fliehen können. Wir dürfen die Maßnahme wahrscheinlich zukünftig nicht mehr anbieten, weil es in der Tat ganz mit den Vorgaben des Rechnungshofes schwer kontrollierbar ist.

Wir haben im Auftrag vom Bundesamt für Naturschutz ein Gutachten erstellt, wo wir gesagt haben, da gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, dies zu verbessern. Momentan geht der Trend in die andere Richtung. Da würden ich Sie als Abgeordnete bitten, diesen Punkt im Auge zu behalten, weil es bei einer schwierigen Verteilungsdiskussion wichtig ist, dass die Mittel vernünftig bei den Bauern ankommen. Ich habe den Eindruck, dass diese Verwaltungsvorgaben uns immer mehr lähmen und wir weniger Spielraum in den Region haben, dass wir mit den Landwirten vernünftige Programme umsetzen können.

Udo Hemmerling, Deutscher Bauernverband: Ich darf mit der Anmerkung von Herrn Goldmann zum Stichwort Finanzen beginnen. Ich sehe mich hier nicht im Gegensatz zu meinem Präsidenten. Ganz im Gegenteil. Wir erwarten schon und wünschen uns auch, dass nicht nur die Länder, sondern auch der Bund die Gemeinschaftsaufgabe zumindest hier ausgleichend wirkt. Wenn man einmal überlegt, spart der Bund durch diesen Finanzkompromiss Milliarden Beträge ein, weil weniger Beitragszahlungen nach Brüssel erfolgen und ich sage doch einmal eine Hausnummer - eine Gemeinschaftsaufgabe von wieder 700 Mio. Euro wäre dann schon ein Signal des Bundes auch an die Länder hier wieder mit in die Bütt zu gehen – wenn ich das so sagen darf.

Dann waren verschiedene Anmerkungen zum Bereich der Kappung und Modulation. Ich habe eingangs schon einiges gesagt und ganz klar gesagt, dass dies Ausweichreaktionen hervorrufen wird. Es hat aber auch eine politische Dimension. Da möchte ich einfach noch einmal darauf hinweisen, nicht nur für die Betriebe, sondern auch für das, was nach Deutschland an EU-Mitteln fließt. Wir haben es bei diesem 5.000 Euro Freibetrag nach unten gesehen. Da können wir natürlich als Landwirte sagen, wunderbar 5.000 Euro frei, wir wollen mehr 10.000 oder 15.000 Euro Freibetrag. Dann sind wir sofort in einer europäischen Debatte, denn wenn wir einen Freibetrag von 10.000, 12.000 oder 15.000 Euro machen, sind die großen Gewinner Portugal, Griechenland und andere Staaten. Dies muss man in diesem Verteilungsmechanismus EU auch sehen, wenn man dort mit Freigrenzen und Kappungsgrenzen arbeitet und dies auch in die europäische Diskussion hineinträgt, dann geht dies in der Verteilung auch eher zu Lasten der deutschen Landwirtschaft.

Dann wurde die Frage der Unterschiede zwischen den Regionen angestoßen. Ich möchte Ihnen, Frau Höfken, ein bisschen widersprechen. Ich sehe es jetzt nicht so, dass wir hier eine Hardcore-Marktposition vertreten. Aber wenn man einen Blick auf die Zahlen wirft, ist es einfach so, wir machen 40 Milliarden Umsatz Euro am Markt mit Marktprodukten und 5 ½ Milliarden Euro kommen durch die 1. Säule rein und bei den Landwirten kommen so 2 Milliarden über die 2. Säule herein, nicht nur EU-Mittel, sondern auch national. Von daher ergeben sich regional unterschiedlich, unterschiedliche Prioritäten. Deshalb glaube ich auch nicht, dass man grundsätzlich sagen kann, eine Agrarstruktur in Bayern ist weniger wettbewerbsfähig als in Niedersachsen. Diese Diskussion wäre völlig falsch, sie ist einfach nur anders. Unser Verständnis ist jetzt nicht, dass es eine gewisse optimale Betriebsgröße gibt oder ähnliches. In Bayern haben wir die Strukturen, weil wir dort eine hohe Kaufkraft haben und viele Leute eine alternative Erwerbsmöglichkeit haben, Diversifizierung oder Arbeitnehmertätigkeit außerhalb der Landwirtschaft. Dies ist auch eine Tatsache und das spiegelt sich dann am Ende in der Agrarstruktur wider.

Zur Milchwirtschaft und zum Thema Grünland: Durch die Umsetzung der Agrarreform in Deutschland, durch das Kombimodell, kommen schon erhebliche Verteilungseffekte an extensiven Grünlandstandorten. Da bitte ich einfach einmal durchzurechnen, die Mutterkuhhalter, ich meine jetzt die Grünlandstandorte wirklich die nur ½ GV halten, nicht 1,4 GV Mutterkuhhaltung, dies ist für mich schon eher intensive Mutterkuhhaltung, wo das Grünland noch offen gehalten wird mit einer Wiesen- und Weidewirtschaft. Wenn man hier jetzt massiv an der 1. Säule ansetzt, glaube ich, kann es sein, ich habe die Zahlen noch nicht im Einzelnen durchgerechnet, dass man durch eine massive Modulation dort mehr wegnimmt, als man hinterher über die Agrarumweltmaßnahmen wieder geben kann. Dies bitte ich einfach zu bedenken. Dies sind ja ein und derselbe Betrieb am Ende, der dort tätig ist. Ich bitte Sie, das Gesamtsystem zu beachten.

Die nächste Frage betraf den Investitionsstau. Es hat sich erst einmal so eine Art Stimmungswandel ergeben und wir sind selbst gespannt, wie es weitergeht. Aber man muss auch sehen, ein Teil der Investitionsbudgets wird auch abgezogen im Moment durch erneuerbare Energien und Biogasanlagen. Dies ist auch in Ordnung so. Die Betriebe können und sollen frei entscheiden, wohin sie investieren. Aber wir beobachten auch ein leichtes Anwachsen der Investition in der Tierhaltung. Aber es ist ein Stück weit auch ein Spiegel der aktuellen Ertragslage, also wenn in der Schweinehaltung im Moment gutes Geld verdient wird, dann wird dort auch mehr investiert. Der durchschnittliche Schweinehalter wird die Modulationsdiskussion vielleicht gelassener verfolgen. In der Milchviehhaltung verliert man durch das Kombimodell 30 % im Vergleich zum reinen Betriebsmodell oder zur heutigen Situation. Die Stimmung in der Milchwirtschaft insgesamt ist sehr verunsichert.

Noch eine Detailbemerkung zu Frau Behm und zu dem Thema Flurneuordnung: Die Zahlen sagen eigentlich, das gerade in den neuen Bundesländern die Flurneuordnung recht rege genutzt wird, weil die Eigentümerstrukturen sehr zersplittert sind. Dort haben die Kommunen auch ein hohes Eigeninteresse bei Entwicklungsmaßnahmen oder wenn größere Baumaßnahmen anstehen, diese Dinge zu ordnen. Dies ist einfach ein Instrument, was nicht nur der Landwirtschaft dient, sondern insgesamt dazu, Flächennutzungskonflikte hier zu lösen. Es gibt angepasste Verfahrensweisen auf die unterschiedlichen Agrarstrukturen bei der Flurneuordnung.

Wie geht es nach 2013 weiter? Da muss ich für den Deutschen Bauernverband gestehen, diese Debatte haben wir intern noch nicht richtig angestoßen. Die wollen wir jetzt in den nächsten ein oder zwei Jahren führen. Ich kann keine konkrete Position nennen. Ich kann nur Gedanken in den Raum stellen, welche Themen dort eine Rolle spielen. Die Frage ist, braucht man nach 2013 noch eine Art Leistung für die Flächenbewirtschaftung der Kulturlandschaftspflege? Brauchen wir dafür einen Ersatz? Was machen wir mit dem Unterschied zwischen dem Weltmarktstandard und den europäischen Standards, die durch Zollschutz nicht mehr geschützt werden können, die durch immer weniger entkoppelte Direktzahlungen ausgeglichen werden können? Was gehen wir mit der Differenz um? Wir müssen auch überlegen, wie es mit den Agrarumweltmaßnahmen weiter geht. Da möchte ich auch sagen, da geht der Zug im Moment eher rückwärts. Wenn die 20 %ige Anreizkomponente bei den Agrarumweltmaßnahmen ab dieser Förderperiode in Deutschland gestrichen wird, dann ist natürlich in der Wahrneh-

mung der Landwirte die Attraktivität dieser Agrarumweltmaßnahmen geschmälert. Da müsste es auch das Ziel sein, die Agrarumweltmaßnahmen auch als Erwerbszweig und nicht nur als Kompensation für erlittene Nachteile weiter zu entwickeln. Da ist auch noch eine Menge zu tun.

Annekatrien Valverde, Deutscher Bauernbund: Ich möchte zu Beginn etwas zu dieser Kappungsgeschichte sagen. Es gibt dazu noch gar nichts Rechtsverbindliches, aber Frau Fischer Boel hat vor kurzem gesagt, dass sie schon die Idee von einer Kappung wieder aufgreifen möchte und evtl. Ende nächsten Jahres wieder in die Diskussion bringen möchte. Warum wir als Deutscher Bauernbund für eine Kappung sind, ist ganz einfach, weil wir möchten, dass sich eben diese ineffizienten Betriebsstrukturen in effizientere Betriebe umwandeln. Wir sind schon der Meinung, dass die Betriebsgröße eine Rolle spielt. Darüber haben wir eine ganze Menge statistischer Zahlen der Universitäten und auch der verschiedenen Finanzministerien ausgewertet. In Sachsen-Anhalt wäre dies dann so, dass eine Kappung bei 300.000 Euro bei einer landwirtschaftlichen Fläche über tausend Hektar bedeuten würde, dass in Sachsen-Anhalt ca. 250 Betriebe betroffen wären und damit würde ein Volumen von 75 Mio. Euro „frei“. Tausend Hektar sind bei uns in den neuen Ländern zum Teil eine komplette Gemeinde. Dies kann es also nicht sein. Es ist nicht so, je größer, je besser in Bezug auf die Arbeitsplätze, die Steuern und die gesamte Wettbewerbsfähigkeit im ländlichen Raum müssen auch gesehen werden.

Zu den Investitionen: Wir haben in der letzten Zeit bei unseren Mitgliedern eine Umfrage gemacht und es ist schon so, dass ca. 70 % der befragten Personen dies zurzeit sehr kritisch betrachten. Wir beginnen mit einer Studie zum Investitionsverhalten der bäuerlichen Betriebe und danach kann man vielleicht noch einmal näheres dazu sagen.

Zu den Schlachten von gestern: Dazu kann ich leider nichts sagen, weil ich da noch nicht in dem Verband tätig war, aber ich kann Ihnen nur die Auswertungen bekannt geben, die ich zum Teil betreibe. Wenn mir da gezeigt wird, dass bei dem Steueraufkommen eine eingetragene Genossenschaft 6,71 Euro pro Hektar erwirtschaftet und eine Einzelunternehmen 90 Euro und wenn ich dann die Zahlen sehe, dann denke ich schon, irgendwie ist hier etwas komisch, ungerecht oder was auch immer.

Dr. Maximilian Wohlgschaft, Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten: Die spannende Diskussion müsste eigentlich überschrieben werden mit „Finanzielle Vorausschau ab 2013“. Ich möchte in Erinnerung rufen, was wir derzeit für EU-Instrumente zur Verfügung haben. Es wird von allen über die fakultative Modulation bis zu 20 % pauschal diskutiert. Da möchte ich auf das Beispiel von Herrn Ribbe eingehen und die 1. und 2. Säule zusammenstellen. Sie haben sehr leidenschaftlich das Beispiel vom Landkreis Freyung-Grafenau in Bayern dargestellt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Landrat von Freyung-Grafenau möchte, dass von den 6 Mio. in der 1. Säule noch einmal etwas abgezogen wird. Er wäre sehr froh, wenn das Geld bleibt. Die 12 Mio. Euro dies können wir momentan nicht machen. Dies wissen Sie auch. Bei den 12. Mio. Euro aus der 2. Säule kommt es darauf an, wie wir die Maßnahmen gestalten. Da sind die Ausgleichszulage und das Kulturlandschaftsprogramm mit dabei. Wenn wir insgesamt als Ziel postulieren, dass wir so viel wie möglich landwirtschaftliche Betriebe – ich rede jetzt von Bayern – erhalten wollen, müssen wir die 1. und 2.

Säule in der Gesamtsumme sehen. Ich habe heute schon die Befürchtung, dass wir eine Programmplanung machen und wir sind mitten drin und wenn wir heute diskutieren, ob man für „morgen“ bereits Mittel aus der 1. Säule abzwickt, dann wird der Landwirt sagen, schön – jetzt haben wir es einige Jahre gemacht und gerade einmal die Formulare verstanden und schon wird das Geld abgezogen. Selbstverständlich haben wir in absoluten Zahlen in Bayern weniger Geld. Wir bemühen uns, dieses Weniger so gut wie möglich auszugleichen. Dies ist selbstverständlich, dass sich Bayern intensiv dafür einsetzt. Wenn Sie sehen, dass insgesamt fast ein Drittel des gesamten Topfes dann in Bayern für die 2. Säule eingesetzt wird, muss es relativiert werden. Ich sage noch einmal: Der Begriff Kontinuität bezieht sich sowohl auf die 1. als auch auf die 2. Säule. Wir werden nicht das Kulturlandschaftsprogramm von heute auf morgen auf Grund dieser Notwendigkeiten töten. Ganz im Gegenteil – eine Mischung der Umweltprogramme - der Schwerpunkt liegt im Schwerpunkt 2 aus Kulturlandschaftsprogramm und Vertragsnaturschutzprogramm - dafür werden immer noch dreistellige Millionenbeträge in Bayern eingesetzt und ich bin der Überzeugung, damit kann man durchaus etwas machen. Ich habe auch andere Bereiche angesprochen, dass diese Schwerpunktsetzung im Umweltbereich auch auf Grund der EU-Vorgaben 1. Säule Lissabonstrategie kontra Göteborg-Strategie oder ich würde fast sagen, im Einklang mit der Göteborg-Strategie einfach intelligent mit anderen Maßnahmen ergänzt werden müssen.

Zur Freiwilligkeit FFH-Prämie: Wir haben Maßnahmen im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie und im Sinne des FFH auch weiterhin und wir werden es nach wie vor im freiwilligen Ansatz über die Umweltprogramme anbieten. Einen großen Block hat das Vertragsnaturschutzprogramm und das Kulturlandschaftsprogramm wird auch Bereiche drin haben, die dieser Zielsetzung Wasserrahmenrichtlinie, FFH-Gebiete, Vogelschutzrichtlinie und Artenschutz dienen.

Der Bürokratieabbau ist ein spannendes Thema. Die EU-Kommission sagt uns, ihr müsst nur die Maßnahmen intelligent genug gestalten – hier sind wir im Bereich der Umweltprogramme und Sie kennen alle den Bericht des Europäischen Rechnungshofes, der vor allem die Kontrollierbarkeit in Frage stellt. Ich würde es mir ganz ehrlich anders wünschen. Herr Güthler hat sehr gute Beispiele genannt. Wir sind sehr differenziert bei uns im Vertragsnaturschutzprogramm und müssen leider tagtäglich oder wöchentlich erleben, dass wir mit einer extremen Differenziertheit Probleme haben und dass dieses zu Bürokratie führt. Je mehr wir natürlich pauschalisieren, desto weniger können wir dem Naturschutzziel im Einzelnen gerecht werden. Hier gilt es einen schmalen Grat zwischen dem, was umsetzbar ist und dem, was fachlich sinnvoll ist, zu gehen. Die Programme, die angeboten werden, dienen einem Ziel und dies wollen wir auch verfolgen. Ich hoffe, dass wir da in die richtige Richtung kommen. Wir haben auch die Vorstöße vom Verband für Landschaftspflege mit Gutachten auch mit unterstützt. Was bei der EU-Kommission aber heraus gekommen ist, dies kennen Sie alle. Die Bereitschaft hier sehr pauschal die Kontroll Dinge zu betrachten, ist leider nicht vorhanden. Bei der Diskussion über die 1. und 2. Säule möchte ich auch in Erinnerung rufen, dass, wenn wir dann bei der 2. Säule über Umweltprogramme reden, dass die EU-Vorgaben eigentlich nicht zulassen, dass wir bei Umweltprogrammen von Einkommensprogrammen reden. Es sind Leistungen, die ökologisch dem Landwirt abverlangt werden und er wird sich natürlich entscheiden müssen, hole ich mir diese Leistung, dieses Geld pro Fläche von der ökologischen Leistung – die Multifunktionalität spielt hier eine große Rolle –

oder hole ich es mir von der Ertragskraft oder Ertragsfähigkeit. Hier spielt auch eine ganz große Rolle, wie die einzelnen Regionen einfach strukturell gewachsen sind und wo die Schwerpunkte auch nicht nur auf Grund des eigenen wirtschaftlichen Wachstums, sondern auch auf Grund der früheren Agrarpolitik gesetzt waren.

Die Frage nach der Ausgleichskonzentration oder der Ausgleich der ELER-Mittel mit EFRE oder ESF stellt sich meines Erachtens nicht. Im EFRE wird sehr viel Regionalförderung gemacht. Ich glaube, wir schaffen es auch in Bayern nicht. Ich kann jetzt nur für uns reden, dass wir ESF-Mittel sowieso nicht und EFRE-Mittel irgendwo in größerem Umfang für Maßnahmen des ländlichen Raumes im Sinne der Landwirtschaft einsetzen. EFRE tut sehr viel im ländlichen Raum. Es beginnt bei der Regionalförderung und reicht über Infrastruktur bis hin zum Hochwasserschutz. Dies muss man auch sagen, aber dies für noch mehr Kernmaßnahmen der Landwirtschaft heranzuziehen, wird nicht möglich sein. Wir haben in Bayern nach wie vor im ELER-Bereich die Kernmaßnahmen der Landwirtschaft mit diesen notwendigen Ergänzungen des Schwerpunktes für die Lebensqualität und die Diversifizierung. Ganz wichtig, die Diversifizierung kann man nicht nur immer alles in Geld messen. Die Diversifizierung oder das investive Programm wird nie Maßnahmen oder Summen annehmen, wie ein Agrarumweltprogramm oder eine Ausgleichszulage, die genauso wichtig ist für die Erhaltung von Betrieben. Der Landwirt muss selber investieren, er muss die Idee haben und wir können es nicht von oben herunter dem Landwirt aufpfropfen und sagen, das sind die Einkommensalternativen. Das muss vom Landwirt selber kommen. Wir werden trotzdem diese Ideen bei weitem nicht stoppen, sondern so gut wie möglich auch finanziell unterstützen und was da kommt, entsprechend auf den Weg bringen. Da gehören investive und flächenbezogene Maßnahmen dazu, auch die Sicherung der Gelder der 1. Säule, um möglichst viele landwirtschaftliche Betriebe in der Region zu erhalten. Es ist schon unsere Überzeugung, wenn wir ein gutes Netz an vielen landwirtschaftlichen Betrieben erhalten, strahlt dies ganz massiv auf den ländlichen Raum aus. Der Landwirt ist nicht allein in seiner ländlichen Region, er hat Familie und Kinder sowie vielleicht in Bayern – dies ist eine Spezialsituation Nebenerwerbstätigkeiten und nimmt andere Maßnahmen mit in Anspruch. In Bayern liegt uns sehr viel daran, diesen Weg zu gehen und selbstverständlich bedeutet dies für Bayern zum Teil andere Maßnahmen und Schwerpunkte als z. B. in Niedersachsen. Dies muss man einfach zu anerkennen. Die nationale Strategie ist diesbezüglich sehr wohl ausgewogen und lässt dies zu. Ich meine, dass dies auch im Sinne der EU-Richtlinien und EU-Vorgaben ist, die diese Regionalisierung möchte.

Bernd Voß, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL): Zuerst zu EFRE und ESF. Es ist klar, wo es passt, sollte man es wahrnehmen. Ich warne so ein bisschen davor, sich dahinter zu verstecken und da so eine Ablenkungsdiskussion von den hohen Kapazitäten, die letztlich Agrarpolitik hat, wenn sie entscheiden will über die beiden Säulen, zu machen.

Die Frage der Arbeitsplätze ist mehrfach angeklungen. Wir haben sowohl in der 1. als auch in der 2. Säule sehr wenig Evaluation hinsichtlich der Arbeitsplatzfrage. In der 1. wird sehr deutlich, dass die Agrarpolitik zu massivem Arbeitsplatzabbau geführt hat und bei der 2. haben wir eine ganze Reihe Anhaltspunkte, insbesondere wenn wir in die Betriebe gehen, wie viel begleitend da positiv geschieht oder um ein anderes Beispiel aus Schleswig-Holstein zu bringen: 6 LEADER-Maßnahmen, 2.500 Ar-

beitsplätze sind davon betroffen. Wir brauchen beide Säulen, um letztlich das Modell der multifunktionalen Landwirtschaft, was ja innerhalb Europas, aber auch der WTO gegenüber das Modell ist, wofür wir politisch eintreten, aber was wir dann entsprechend mit Mitteln füllen müssen, um es entsprechend umzusetzen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch einmal auf die Nettozahlerdiskussion bzw. Kofinanzierungsdiskussion eingehen. Das EU-Parlament hat ja nicht umsonst mit dem Berichterstatter Böge von der EVP einen Pflock eingeschlagen und für eine gewisse Kofinanzierung auch in der 1. Säule plädiert. Die 1. Säule zeichnet sich im Grunde als einzige EU-Finanzquelle dadurch aus, dass sie nicht kofinanziert werden muss mit den entsprechenden Konsequenzen, dass politisch in den Ländern nicht darüber diskutiert wird nach dem Motto „Das Geld kommt ja sowieso“. Diese Kofinanzierung – dies brauche ich nicht sagen – müsste obligatorisch sein. Es steht im Moment nicht oben an auf der Tagesordnung, aber diese Frage der Kofinanzierung der 1. Säule wird wieder kommen.

Zur Planungssicherheit: Es kann nicht sein, dass wir immer bei der 1. Säule von der Planungssicherheit reden. Wir haben sie ja vielleicht hinsichtlich des Modells des Abschmelzens, aber wir haben dermaßen gravierende agrarpolitische Situationsänderungen, dass wir schlicht und einfach reagieren müssen und nicht umsonst hat man beim letzten Mal bei der Midterm-Review 2003 reagiert und sollte spätestens im Jahr 2009 wieder reagieren, was den gesamten Block der Agrarpolitik angeht. Es kann nicht sein, dass man gerade dem Bereich, der innovativ ist und der Arbeitsplätze neu schafft und gestaltet, keine Planungssicherheit geben kann, wo im Grunde hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit erheblich mehr Mumm drin steckt.

Hinter dem Grünland und hinter der Milch wird sich immer gern versteckt. Bei den verschiedenen Modulationsvorschlägen, die es hinsichtlich der Arbeitskraftbindung gibt, sind diese Bereiche praktisch erst einmal nicht betroffen, soweit denn Arbeitskräfte drin sind und über die Hälfte der deutschen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft sind nach wie vor im Bereich der Milch. Dieser Bereich hat natürlich durch die Agrarreform überhaupt das erste Mal, gerade Milch und Grünland, Geld zu sehen bekommen. Aber wir haben da auch auf Grund der Situation, dass Mulchen möglich ist, Grünlandstandorte, wo wir auch nach den Arbeitskräften schauen müssen und wo wir aus der Entkopplungssituation und diesen niedrigen Standards einfach auch die Notwendigkeit der Arbeitskraftbindung haben, um überhaupt diese Zahlungen zu rechtfertigen. Auch der Bereich Milch bekommt aus der 2. Säule Geld. Wenn ich an Nordrhein-Westfalen denke und die gerade gekappten Programme im Bereich Beweidungsprämie sowie der benachteiligten Gebiete macht dies ca. 2 bis 2 ½ Cent pro Liter aus. Dies darf man auch nicht ignorieren, inwieweit da direkt einkommenswirksame Dinge wegfallen. Diese Bereiche, wie auch die anderen agrarpolitischen Bereiche sind nicht von der finanziellen Disziplin am meisten betroffen, sondern letztlich von der Liberalisierungsdiskussion, die sowohl aus der Agrarpolitik und auch aus der Wissenschaft heraus die gesamte landwirtschaftliche Diskussion durchweht, was letztlich – wenn ich an die Quotenausdehnung denke – in diesem Bereich am meisten Geld kosten wird.

Die zentrale Frage war die Kappungsgrenze. Ich möchte einmal sagen, hier geht so eine Legende auf von der 300.000 Euro Kappungsgrenze. Auch Fischler hat 2003 keine 300.000 als absolute Kappungsgrenze vorgeschlagen, sondern hat im Grunde auch schon von Arbeitskraftbindung gesprochen und wir haben im Grunde nie etwas anderes gesagt. Wer hier von der Kappungsgrenze redet, macht

letztlich Legenden, um eine Neiddiskussion zu haben. Wir wollen diese Neiddiskussion nicht und es wird insbesondere auch durch die Transparenzinitiative klar werden, wo Arbeitskräfte sind und wo aus dem Grund heraus begründet sehr viel Geld hineinfließt. Wir wollen auch keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme letztlich durch die Arbeitskraftbindung, sondern schlicht und einfach Betriebe, wo entsprechend Arbeitskräfte sind, dass die entsprechend der Prämienzahlung mehr zur Anrechnung bringen können. Wenn ich eben die Verhältnisse habe, 5 Arbeitskräfte auf 2.000 Hektar, dann sind es 120.000 pro Arbeitskraft und dies ist schlicht und einfach ein Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Betrieb von 2.000 Hektar und 50 Arbeitskräfte, der sich ganz anders um mehr Innovation und Bewirtschaftung gekümmert hat.

Herr Goldmann, wir können stundenlang Sachen bringen mit Wenn und Aber und wer vielleicht durchschlüpft. Einmal haben wir durch die Arbeitskraftbindung ein Notarentlastungsprogramm, weil die Notare entsprechend auch mit der Betriebsteilung nicht herangezogen werden kann und wir wollen schlicht und einfach an der vorhandenen Lohnsumme binden. Dadurch haben wir gerade in Lohnarbeitsbetrieben eine entsprechende Wettbewerbsgerechtigkeit hergestellt und in problematisch zu bewirtschafteten Regionen.

Zum Investitionsstau: Gerade der Investitionsstau wird jetzt in den Betrieben kommen, die aus der 2. Säule heraus investiert haben und investieren wollen. Diese Betriebe sind massiv betroffen und ansonsten ist es ja immer so ein beliebtes politische Schlagwort.

Zum Bürokratieabbau: Zuerst müssen wir immer die agrarpolitischen Ziele sehen und die Qualifizierung der Maßnahmen. Es ist klar, wir können stundenlang über bürokratische Blüten reden und wir können viel durch Bottom up-Ansätze, wenn da Politik und Verwaltung offensiver herangehen, abbauen und sollten dazu bereit sein. Wir sollten uns im Grunde hinsichtlich der politischen Diskussion nicht hinter der Bürokratie und dem Bürokratieabbau verstecken.

Zum Schluss möchte ich noch etwas Zusammenfassendes sagen. Ich selbst habe auch einen Milchviehbetrieb und beziehe die Masse des Geldes zu 95 % aus der 1. Säule. Aber beängstigend ist im Grunde die Diskussion, die wir hier über die Wettbewerbsfähigkeit führen und dass die Betriebe zukunftsfähig sind, die am meisten Prämien letztlich, wenn wir es in der Bilanz sehen, pro Arbeitskraft bekommen und dass das im Grunde das politische Ziel ist. Es gibt in Europa sehr wenige Standorte, die überhaupt nach den Weltmarktmaßstäben wettbewerbsfähig zu bekommen sind. Der Weltmarktpreis orientiert sich immer an den günstigsten Standorten weltweit. Für die ländliche Entwicklung in Europa muss die flächendeckende Landwirtschaft aufrechterhalten werden und dafür brauchen wir, ob wir es wollen oder nicht, eine Qualifizierung in der 1. Säule hinsichtlich der Arbeitskraftfrage und der Wirkung der Mittel und wir brauchen einen Ausbau der 2. Säule, um das, was u. a. die 1. Säule angeht, zu beseitigen, aber um auch eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung sicherzustellen.

Die Vorsitzende: Mein besonderer Dank geht an die Referenten und an die Abgeordneten, die hier intensiv mit diskutiert haben. Wir werden die Diskussion am Mittwoch im Ausschuss fortsetzen sowie auch im Herbst auf unseren parlamentarischen Ebenen. Ein wichtiges Stichwort ist für uns alle das Bündnis für ländliche Räume. Da muss man sich sehr bewusst sein, dass es da Handlungsbedarf gibt, sich zu organisieren, wie das die städtischen Regionen auch tun.

Schluss der Sitzung: 12.05 Uhr

